

Erscheint täglich außer Sonntagen.
Jahresabonnement des „Arbeiter“ Preis 12 Pf. (für beide Ausgaben 24 Pf. pro Woche, 2,25 M. pro Monat (Post 27 Pf. monatlich für Zustellung ins Haus) im voraus zahlbar. Postbezugs 3,27 M. einschließlich 60 Pf. Poststempel- und 72 Pf. Postbescheidgebühren.

Spätausgabe des „Vorwärts“

Anzeigenpreis: Ein einseitiger Millimeterzeile 30 Pf. (Verlagspreis 2.— M. Ermäßigungen nach Tarif. Verlagsverlag: Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin Nr. 37 336. — Der Verlag behält sich das Recht der Ablehnung nicht geordneter Inserate vor! Redaktion und Expedition: Berlin O 23 98, Lindenstr. 3. Fernsprecher: Dönhof (A 7) 302—307.

Nazi-Schläger im Reichstag

Ein sozialdemokratischer Journalist überfallen und niedergeschlagen

Gegen 12 Uhr mittags sah der Reichstagsabgeordnete Otto Wels mit dem Herausgeber der „Antifaschistischen Korrespondenz“ Helmuth Klotz im Speisesaal des Reichstags. Als Wels den Tisch verließ, um zur namentlichen Abstimmung in den Saal zu gehen, kamen fünf nationalsozialistische Abgeordnete an dem Tisch vorüber. Einer von ihnen bezeichnete Klotz als den Verbreiter der Röhm-Briefe, worauf die fünf nationalsozialistischen Abgeordneten auf Klotz einschlugen, so daß er zu Boden stürzte.

Sozialdemokratische Abgeordnete und Hausbeamte warfen sich dazwischen und befreiten den Ueberfallenen. Dr. Klotz ging dann mit Hausbeamten durch das Haus, um die Täter festzustellen. Als er mit den Beamten durch den rechten Wandelgang kam, wurden die Beamten von ihm abgedrängt und er wurde abermals geschlagen, so daß er zu Boden stürzte.

Der zweite Ueberfall auf Dr. Klotz erfolgte im rechten Wandelgang des Reichstags. Klotz war begleitet von zwei Hausinspektoren. Plötzlich stürzten mindestens 30 Mann auf ihn los, drängten die Inspektoren weg und schlugen dann auf Klotz ein. Sie trieben ihn mit Schlägen bis in den Vorraum vor dem Zimmer des Präsidenten und schleuderten ihn gegen die Tür des Präsidentenzimmers.

Augenzeugen des zweiten Vorfalls waren der Reichspostminister Schäffl und die Zentrumsabgeordneten Marx und Wegmann.

Nach der Beendigung der Abstimmung über das Kreditermächtigungs-gesetz machte Präsident Löbe dem Hause Mitteilung, daß ein Journalist im Hause geschlagen worden sei und daß Abgeordnete als Täter bezeichnet worden seien. Er habe die Kriminalpolizei verständigt, damit die Täter ausfindig gemacht würden.

Es erhob sich auf der Linken ein ungeheurer Sturm, der Gememörder Heines wurde laut beschuldigt, die Tat angestiftet zu haben. Infolge des Tumultes wurde die Sitzung auf eine halbe Stunde unterbrochen.

Bisher ist es gelungen, vier der an dem Ueberfall beteiligten nationalsozialistischen Abgeordneten festzustellen. Anführer des Ueberfalls im Reichstagsrestaurant war der nationalsozialistische Abgeordnete Siegmann. Weiter beteiligt waren die nationalsozialistischen Abgg. Kraus, Cyprien, Weigel und der bekannte Gememörder Heines.

Die Täter.

Von den Tätern ist der Gememörder Heines, Leutnant a. D., hinreichend berichtigt. Sein Komplize Weigel ist 28 Jahre alt; er ist der oberste Führer der SS. im Rheinland. Der dritte der Täter, Siegmann, ist ebenfalls Leutnant a. D. Er hat seinerzeit zum Freikorps Epp gehört. Der vierte, Kraus, ist ein alter Baltikamer, 35 Jahre alt, jetzt Bauernhofsbesitzer im Regierungsbezirk Gumbinnen. Diese vier Burshen gehören zusammen!

Als Dr. Klotz zu Hause anrief, um seine Frau von dem Ueberfall zu verständigen und auch davon, daß er nicht gefährlich verletzt sei, vernahm er von seiner Frau, daß sie bereits angerufen worden war, und zwar vom Reichstag aus. Bei diesem Anruf wurde ihr gesagt, ihr Mann hätte sich im Reichstag ungebührlich benommen und sei darauf verhaften worden. Sie möge nur noch dem Reichstag kommen und sehen, was von ihm noch übrig sei.

Die Mitglieder der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion befinden sich in größter Erregung, die sich auch auf andere Parteien in gleichem Maße übertrug. Dr. Breitscheid beantragte deshalb die Vertagung der Reichstags-sitzung um eine Stunde, was auch geschah. Bei Redaktions-schluss ist die sozialdemokratische Reichstagsfraktion vollständig zu einer Sitzung versammelt.

Mistrauensanträge abgelehnt.

Im Plenum des Reichstags wurden nach Wieder-aufnahme der Sitzung die Misstrauensanträge der Nationalsozialisten, der Deutschnationalen und der Kommunisten gegen das Gesamtkabinett in gemeinsamer Abstimmung mit 287 gegen 257 Stimmen abgelehnt.

Die Lämmer



„Im Sitzungssaal markieren wir gute Erziehung. In den Wandelgängen wird dafür geprügelt!“

Abstimmungen.

Der Reichstag ist heute vormittag 10 Uhr wieder zusammengetreten. Zunächst wird ein Gesetzentwurf beraten, wonach verheiratete weibliche Reichs-beamte entlassen werden können, wenn das aus dienstlichen Gründen erforderlich ist und diese Frauen nach der Höhe des Familieneinkommens wirtschaftlich dauernd gesichert erscheinen.

Abg. Dr. Völter (Soz.):

Die Sicherungsklausel, daß die wirtschaftliche Versorgung dauernd gesichert erscheinen müsse, ist auf unseren Antrag hineingekommen. Zugleich ist festgelegt worden, daß Entlassungen nicht aus politischen oder sonstigen unsachlichen Gründen erfolgen dürfen. In dem Einkommen des Ehemannes, wenn es 25 oder 30 M. wöchentlich oder 150 M. im Monat beträgt, was im Reichspostdienst häufig vorkommt, kann eine dauernde wirtschaftliche Sicherung nicht erblickt werden. Der Staatssekretär des Reichspostministeriums hat im Ausschuss auch eine entsprechende Zusage gegeben. Wir erwarten, daß sie eingehalten wird. Auch die Kriegsoberfürsorge des Mannes wird in der Regel kein Grund zur Entlassung sein können, auf keinen Fall darf ihr etwa noch die Verstämmelungszusage und ähnliches hinzugegerechnet werden. Wir erwarten auch, daß die weitere Zusage eingehalten wird, daß nicht schematisch nach dem Einkommen allein vorgegangen, sondern auch die soziale Lage, die Kinderzahl usw. berücksichtigt wird. Dem Ausschuss ist es gelungen, die Beweislage, ob die Entlassung gerechtfertigt ist, der Verwaltung aufzuerlegen. Eine weitere Verbesserung liegt darin, daß

Dieses Reichsgesetz nicht von den Ländern abgeändert werden kann. Weder hat die Reichspostverwaltung seit ein oder einhalb Jahren keine lebenslänglichen Anstellungen mehr vorgenommen. Wir dürfen

möht erwarten, daß das nach Inkrafttreten dieses Gesetzes wieder eintritt. An Stelle der Billfür tritt nun ein geregelltes, ordentliches Verfahren. Unwürdig ist es einer Reichsoberverwaltung allerdings, wenn man solche Beamtinnen, die keinen Entlassungsantrag stellen, amtsärztlich auf das Vorhandensein eines Gesundheitsfehlers untersuchen läßt und sie dann vor die Wahl stellt, in Pension zu gehen oder sich auf das Land verziehen zu lassen. Wenn eine Frau jahrelang zum Beispiel Fernsprechsprechdienst gemacht hat, so dürfte es nicht schwer fallen, irgendeinen Gesundheitsfehler festzustellen.

Wir erwarten, daß die Prüfung der wirtschaftlichen Verhältnisse ohne feindliche Schikanen erfolgt. Eine große arbeitsmarktliche Bedeutung hat das Gesetz nicht, denn von etwa 12 000 Beamtinnen kommt danach für höchstens 800 bis 900 die Entlassung in Frage. Neuanstellungen werden bei der weitgetriebenen Rationalisierung wohl kaum erfolgen. Wenn wir wegen der Verbesserungen dem Gesetz zustimmen, so erkennen wir damit nicht an, daß die Not der Zeit zu Verfassungsänderungen berechtigt. Wir halten fest an der Gleichberechtigung und Selbständigkeit der Frau. Diejenigen, die die Heiligkeit der Ehe und der Mutterschaft hervorheben, erinnern wir an die schweren Kämpfe, die die Sozialdemokratie früher führen mußte, um ein Minimum von Schutzbestimmungen für Mutter und Kind durchzusetzen. Wir fordern die Frauen und besonders die Beamtinnen auf, mit uns zur Herbeiführung einer Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung zu kämpfen, die andere Verhältnisse schafft und den Frauen ermöglicht, es zu wirtschaftlicher Selbständigkeit zu bringen und frei von sozialem Druck und von wirtschaftlicher Ausbeutung ihrem Frauenberuf als Gattin und Mutter zu leben. (Lebhafte Beifall der Soz.)

Dann sprechen die Abg. Dr. Gertrud Bäumer (Staatspartei) und Frau Keesle (Komm.).

Nach weiteren Reden aus dem Hause folgt die Abstimmung. Sie ist namentlich, um festzustellen, ob die Zweidrittelmehrheit dafür ist, da das Gesetz verfassungsändernden Charakter hat. Die Annahme erfolgt mit 460 Stimmen gegen die 73 Stimmen der Kommunisten und der SAP, bei 13 Enthaltungen. Das Beamtinnen-gesetz ist angenommen.

Darauf wird über

das Schuldentilgungsgesetz

abgestimmt. Der § 8 (Prämienanleihe) wird in namentlicher Abstimmung mit 283 Stimmen der Regierungsparteien und der Sozialdemokraten gegen 256 Stimmen der Links- und Rechtsopposition bei einer Enthaltung angenommen. Obgleich dieses Ergebnis ausreichend klar ist, beantragt Lorgler (Komm.) sofort darauf auch die Schlussabstimmung namentlich vorzunehmen. Ergebnis: 287 Ja, 260 Nein.

Während der Unterbrechung der Sitzung wegen der Nazi-schlägerei erschien Heines im Plenarsaal, verließ ihn aber nach längerem Verweilen, und nachdem er mit einigen seiner Fg. gesprochen hatte. Man nimmt an, daß er hinausgegangen ist, um einer Festnahme durch die Polizei im Saal zu entgehen und lieber draußen seine Ausflüge zu machen.

Um 11 Uhr eröffnete Präsident Löbe die Sitzung wieder und teilt mit:

Die bedauerlichen Vorkommnisse, die zur Unterbrechung der Sitzung geführt haben, sind Gegenstand polizeilicher Untersuchung. (Gelächter und höhnische Jurufe der Komm.) Die an den Vorfällen Beteiligten werden im Hause vernommen und der Tatbestand zur Einleitung weiterer Schritte festgestellt.

Da die Jurufe der Kommunisten kein Ende nehmen, appelliert der Präsident, doch durch Ruhe die Weiterführung der Verhandlungen zu ermöglichen. — Heines ist wieder im Saal.

Abg. Dr. Dingeldey (D. Sp.) erklärt zur Abstimmung, daß seine Fraktion für die Misstrauensvoten gegen die Reichs-regierung und gegen einzelne Minister stimmen werde, jedoch nicht für den Misstrauensantrag gegen den Außenminister, weil das den Ansehen erwecken könnte, als wären sie mit den Außenminister aufgestellten Zielen der Außenpolitik, nämlich Freiheit und Gleichberechtigung, nicht einverstanden. Die Volkspartei werde weiter für die Anträge stimmen, das Verbot der SA und der SS. aufzuheben. (Lachen und Jurufe links.) Werden diese Verbote aufgehoben, so werden wir auch gegen das verlangte Verbot des Reichsbanners stimmen. Sollten aber die Anträge für SA und SS. abgelehnt werden, so werden wir für den Antrag gegen das Reichsbanner stimmen.

Abg. Breitscheid (Soz.):

In Verfolgung unserer bisherigen Politik lehnen wir jämliche Misstrauensanträge ab. Wir tun das aus (horartige Jurufe rechts: Angst!) den gleichen Gründen wie bisher. (Lärmende

Wohlfahrt rechts, der Sozialdemokrat Herrsch wird für einen Zurschläger „Ihr Herrschler“ zur Ordnung gerufen. — Fried behauptet, Grafmann habe die Nazis Verbrecher genannt. Die P. g. stürzen in die Mitte des Saales herunter und scheinen Grafmann überfallen zu wollen. Künstler zieht Grafmann weg.) Wir möchten nicht, daß durch den Sturz des Kabinetts Brüning einer Partei der Weg zur Macht geöffnet wird, die politisch und moralisch nicht die Voraussetzungen dazu mitbringt. (Lebhafte Beifall der Soz., andauernde Unruhe.)

Einheitsfrontschwindel.

KPD. mit Fälschungen auf dem Dummenfang.

Da den Kommunisten in immer größerem Umfange die Anhänger entziehen zu den Nationalsozialisten oder auch wieder zurückkehren zur Sozialdemokratie, versuchen sie es jetzt mit einer neuen Parole, die allerdings früher schon öfter dagewesen ist: man will wieder mal die „Einheitsfront“ herbeiführen.

Zu diesem angeblichen Zwecke haben die Kommunisten eine Versammlung einberufen und Plakate an allen Säulen Neutölln anbringen lassen. Auf diesem Plakat wird behauptet, daß die Kreisleitung der KPD. Neutölln Vertreter entsenden würde.

Dazu kann gesagt werden, daß die Sozialdemokratie und ihre Neutöllner Kreisleitung mit dieser Versammlung selbstverständlich nicht das mindeste zu tun haben. Es liegt keinerlei Abrede mit unserem Kreisvorstand vor, er ist auch nicht zur Entsendung von Vertretern nach dieser Versammlung aufgefordert worden. Unsere Genossen werden demnach die Kommunisten, deren Versammlungen in der letzten Zeit häufige Besuche aufwiesen, vollkommen unter sich lassen.

Pfingsthaufe in der Burgstraße.

Starke Anregung durch Londoner Diskontsenkung.

Die vorzeitige Pfingstruhe, die man an der Börse schon gestern prophezeigte, hat sich nicht eingestellt. Im Gegenteil herrschte heute eine ausgesprochene Hausstimmung. Die Gründe hierfür waren einmal der gute Eindruck der gestrigen Reichstagsrede, und außerdem wirkte die neue Diskontsenkung der Bank von England auf 2½ Proz. außerordentlich belebend.

Am Rentenmarkt war wiederum starke Nachfrage bei verhältnismäßig geringem Angebot zu verzeichnen. Währungsleihe, Kommunalwerte und Pfandbriefe konnten ihren Kursstand durchweg bis zu 1 Proz. und teilweise bis zu 2 Proz. verbessern.

Auch der Aktienmarkt war heute außerordentlich fest gestimmt. Er erhielt eine besondere Stütze durch den 3.-G.-Farbenkurs, der heute nach Abschlag der 7 Proz. Dividende 93½ Proz. notierte, praktisch also über die Parigrenze hinausging. Auch Siemens u. Halske konnten ihre Kurssteigerung bis auf 112½ Proz. fortsetzen; Rheinische Braunkohle waren mit 158 Proz. behauptet. Sehr große Nachfrage herrschte wieder nach Reichsbahn-Vorzugsaktien, die von 77 auf 78½ Proz. anziehen konnten.

Lektion für die Nazis.

Sozialdemokratischer Präsident der Bürgerschaft.

Hamburg, 12. Mai. (Eigenbericht.)

Die neue Hamburger Bürgerschaft wählte am Mittwochabend in ihrer konstituierenden Sitzung den bisherigen Präsidenten der Bürgerschaft, den Sozialdemokraten Kufschew, mit 69 Stimmen der Sozialdemokraten, Staatspartei und des Zentrums gegen 65 Stimmen der Nationalsozialisten und der übrigen Rechtsparteien nieder.

Der von den Nationalsozialisten als der stärksten Fraktion erhobene Anspruch auf den Präsidenten wurde von den Sozialdemokraten und der Staatspartei nicht anerkannt, da die Nationalsozialisten in der vorigen Bürgerschaft den Anspruch der sozialdemokratischen Fraktion als der damals stärksten ebenfalls nicht anerkannt hatten. Der Fraktionsführer der Nationalsozialisten erklärte nach der Wahl des Sozialdemokraten, daß nach dem „Bruch mit der parlamentarischen Übung“ (schallendes Gelächter und Ruf: „Denken Sie an die letzte Präsidentenwahl!“) die nationalsozialistische Fraktion sich nicht mehr an der Wahl beteiligen werde und auch grundsätzlich ihre bisher parlamentarische Mitarbeit eingestellt Taktik ändern werde. (Stürmisches Gelächter.) Zum ersten Vizepräsidenten wurde dann der bisherige zweite Vizepräsident Landahl (Staatspartei) gewählt. Zweiter Vizepräsident wurde, nachdem auch von den übrigen Rechtsparteien in Anlehnung an die Taktik der Nationalsozialisten kein Vorschlag eingereicht worden war, der Zentrumsabgeordnete Benrich.

Die Beisehung Doumers.

Trauerzug nach der Notre-Dame-Kirche.

Paris, 12. Mai.

Die frühe Stunde, zu der der Beginn der Beisehungsfestlichkeiten für den Präsidenten Doumer angelegt ist, hat bewirkt, daß schon von sieben Uhr an die offiziellen Persönlichkeiten im Elysee eintrafen, die dem toten Präsidenten das letzte Geleit gaben.

Um 8 Uhr sah sich die Spitze des Zuges in Bewegung, um sich durch die von Militär abgesperrten Straßen nach der Notre-Dame-Kirche zu begeben. An der Spitze des Trauerzuges reitet eine Abteilung Kavallerie, dann folgen zahlreiche ehemalige Frontkämpfer mit ihren Fahnen und Wimpeln. Etwa 130 Kränze werden dem Leichenwagen vorangeführt. Der Leichenwagen selbst ist mit kleinen blaueisernen Fahnen geschmückt.

Trauer Gottesdienst für Doumer.

Die französische Botschaft veranstaltete für den durch Mörderhand gefallenen französischen Staatspräsidenten Doumer in der St. Pauls-Kirche in Rom ein Trauer Gottesdienst. Außer dem französischen Botschafter François-Poncet sah man Reichsminister Dr. Brüning, Staatssekretär Reichner als Vertreter des Reichspräsidenten, Staatssekretär Bülow, den Gesandten Freitag, zahlreiche Vertreter des Reichsrats. Ferner war das ganze diplomatische Korps fast vollständig vertreten. Nach dem Gottesdienst erteilte Nuntius Orsenigo den Segen.

Die St. Pauls-Kirche selbst wurde durch eine große Menschenmenge umfüllt, die der Auto-An- und Abfahrt der Diplomaten zusah.

Naziversprechen — Nazierfüllung.

Ernüchterung nach dem Lügenfeldzug der Hitler-Partei.

Im Inhalt ist das Bündnis der Nationalsozialisten und der Deutschnationalen perfekt. Die nationale Opposition hat dort eine Landtagsmehrheit, und von der Nazipresse wird der staunenden Welt bereits jetzt verkündet, welche ein Segen sich demächst über die Bewohner von Dessau und Umgebung ergießen wird.

Einstweilen besitzen wir jedoch schon Kenntnis von der Tätigkeit der nationalen Regierung in Mecklenburg-Strelitz und von der Ernüchterung und Enttäuschung, die dort bereits in der Bevölkerung eingezogen ist.

Abbau aller sozialen Leistungen, Einstellung des Wohnungsbaues, Streichung aller Wohlfahrts- und Krisenunterstützung für die Gemeinden, schärfster Abbau aller Beamtengehälter, Abbau der Lehrer- und Schließung von Schulklassen und sozialen Anstalten, Verschleuderung von riesigen staatlichen Holzbeständen an gerissene Kapitalisten, Schließung des Landestheaters, Vergebung einer Staatslotterie an ein ausländisches Konfession und eine neue Steuer, die den Kopf der Bevölkerung mit drei Mark jährlich belastet.

Das sind die Taten der nationalen Opposition in Strelitz. Vergebens suchen wir ein Wort darüber in der sonst so redseligen Nazipresse. Lediglich das in Strelitz erscheinende Naziblatt, der „Niederdeutsche Beobachter“, veröffentlicht jetzt einen Artikel mit der Ueberschrift: „Vorschläge zum Etat von Mecklenburg-Strelitz“. Ihn hat kein Goebbels verfaßt und kein Straßer. Drei Sterne ersetzen den Namen des Verfassers. Barum so bescheiden?

Wie verstehen die Anonymität des Verfassers, wenn wie in diesem Artikel die Verteidigung des Etats der neuen nationalen Regierung lesen. Mehr noch! Als leuchtendes Vorbild für eine gute Finanzwirtschaft wird in diesem Aufsatz, man halte sich fest, auf Preußen, Bayern, Baden, Hamburg und Sachsen verwiesen und was dort die Regierungen im Laufe der letzten Jahre getan haben, um ihren Etat zu balancieren.

Da wird darauf hingewiesen, wie vorbildlich diese Staaten gespart und hohe Beamtenbezüge und Nebenvergütungen gekürzt haben. Wörtlich heißt es dann in dem Strelitzer Naziblatt:

„Die Beamten werden nicht allen Ländern, die sich zu solchen

Mahnahmen gezwungen sehen, Unfreundlichkeit darmerken wollen. Denn nur bei Ausschöpfung aller Möglichkeiten kann es den Ländern auf die Dauer möglich sein, die Beamten überhaupt noch zu bezahlen.“

Es wird ferner weiter auf die „finanzpolitisch bedeutsamen Rationierungsordnungen des Reichspräsidenten“ verwiesen, die es ermöglichen, die Verwaltung zu vereinfachen. Bisher, unter dem Strelitzer Linkskabinett, habe man in dieser Beziehung alles versäumt. Und so kommt der Artikel zu seinen eigentlichen Vorschlägen: Abschaffung der unteren Domänenverwalter, Abschaffung aller Hoch- und Tiefbau- und Siedlungsämter, Justiz- und Schulverwaltung sollen je einem einzigen Referenten übertragen werden, Abschaffung der hohen Medizinalverwaltung, Ende der Archivarbehörden, Ende des Landeskriminalamtes, Zusammenlegung der Amtsgerichte, Ende des Verwaltungsgerichtes, Zusammenlegung von Landesschulen, Abschaffung der Volksschulen in der Nähe der Städte und Schulkindertransport durch Post- oder Privatfuhrwerk in die Stadtschule, was weniger Kosten verursachen werde, als der Unterhalt von Lehrern und Schulgebäuden. „Möge daher“, so schließt der Artikel, „von diesen Vorschlägen zum Besten des Volkes und zum Nutzen der Staatsfinanzen bei der kommenden Etatberatung recht eifrig Gebrauch gemacht werden.“

Wohlgerneht, das sind die neuen und zusätzlichen nationalsozialistischen Vorschläge zu dem bereits anfangs geschilderten Etat mit seinen rigorosen und jedem sozialen Empfinden ins Gesicht schlagenden uferlosen Abbaumaßnahmen und Steuerzuschlägen, die die Gemeinden, die Beamten, die Handwerker und Kleinbauern, die Arbeitslosen und Wohlfahrtsempfänger in noch tieferes Elend stürzen müssen. Kein deutscher Einzelstaat hat es bisher gewagt, solche Abbaumaßnahmen zu ergreifen, wie die Naziregierung in Strelitz.

Es hat aber wohl in der politischen Geschichte eines Volkes bisher auch noch keine Partei gewagt, vor den Wahlen eine solche schamlose Kritik zu üben, ein Paradies zu versprechen, um dann, wenn sie mit Hilfe dieser Kritik und aller Verdrehungen und Verprechungen an die Macht gekommen ist, ihre Wähler und das Volk so zu betrügen, wie diese selbe Nazipartei und die von ihr gebildete Regierung.

Hitler kein Bürgerkriegstreiber?

Kieler Landgericht gegen den sozialdemokratischen Redakteur.

Am Mittwoch hat das Landgericht Kiel in einem Berufungsverfahren jene einstweilige Verfügung des Amtsgerichts bestätigt, in der dem Hauptgeschäftsführer der „Schleswig-Holsteinischen Volkszeitung“ Wurbis verboten wird, zu behaupten, daß Hitler vor dem 13. März den Bürgerkrieg vorbereitet habe.

In dem Prozeß wies Wurbis darauf hin, daß 1930 das Reichsgericht die Legalität der Nationalsozialistischen Partei nur deshalb anerkannt, weil Hitler die Legalität seiner Partei behauptet. Nach dem Bekanntwerden des amtlichen preußischen, bayerischen, württembergischen und hessischen Materials sei jedoch die Legalität meisteiler Kreise der Nationalsozialistischen Partei einwandfrei festgestellt, und die gleiche Logik verlange, daß nunmehr auch die Legalität Hitlers festgestellt würde. Hitler könne unmöglich um die Bürgerkriegsvorbereitungen der aufgelösten SA- und SS-Kolonnen nicht gewußt haben. Es könne deshalb einem Publizisten nicht verboten werden, Hitler für die Illegalität der aufgelösten SA verantwortlich zu machen.

Das Kieler Landgericht entschied aber anders. Es erklärte in der Begründung seines Urteils, daß die Richtigkeit insbesondere des preußischen Materials nicht zu bestreiten wäre. Hitler und sein Vertreter behaupteten indessen, daß insbesondere die Zusammenziehung der SA vor dem 13. März lediglich zu dem Zwecke erfolgt sei, unter Umständen zur Abwehr gerüstet zu sein.

Würde Hitlers eidesstattliche Versicherung falsch sein und wäre er in der Tat des Hochverrats dringend verdächtig, dann müßte gegen ihn ein Strafverfahren eingeleitet sein. Da dies nicht der Fall ist, bestehe die eidesstattliche Versicherung zu Recht.

Gegen das Urteil des Landgerichts ist sofort Berufung eingelegt worden. In dem bevorstehenden Hauptprozeß im Juni wird Hitler beschuldigt, ob er um die illegalen Maßnahmen der SA- und SS-Führer gewußt hat oder nicht. Hatte er von den illegalen Maßnahmen der SA keine Kenntnis, dann ergibt sich daraus, daß er lediglich ein Werkzeug in den Händen seiner Unterführer ist; ergibt sich aber, daß er um sie wußte, dann ist er auch für sie verantwortlich.

Die Nazierziehung.

Bewaffnete Schüler / Im Klassenzimmer ging ein Schuß los.

Trier, 11. Mai.

In der Deutschen Oberschule im Aufbau in Wittlich trachtete gestern plötzlich während des Unterrichts ein Schuß, der zwei Schülern und dem Lehrer dicht am Kopf vorbeiging und dann in die Wand schlug. Die Untersuchung ergab, daß einer der Schüler in der Tasche einen Trommelrevolver mit sich führte, aus dem der Schuß losgegangen war. Da der Lehrer die Feststellung machen mußte, daß noch mehrere Schüler Schusswaffen im Besitz hatten, benachrichtigte er die Polizei, die die Pistolen beschlagnahmte. Die betreffenden Schüler wurden von der Schule verwiesen; sie müssen das Mitführen der Waffen nicht zu begründen.

Gefährliche Landung der „Akron“.

New York, 12. Mai.

Das Luftschiff „Akron“, das sich seit zwei Tagen auf einer schweren Sturmsfahrt quer über dem nordamerikanischen Kontinent befindet, verfuhrte gestern wegen Brennstoffmangel viermal auf dem Flugplatz von San Diego in Kalifornien notzulanden. Es wurde aber jedesmal vom Sturm den Landungsmannschaften aus den Händen gerissen. Beim dritten Landungsversuch ereignete sich, wie in der Morgenausgabe bereits mitgeteilt, ein schweres Unglück. Drei von den Marinesoldaten, die das Luftschiff festhielten, wurden mit hochgerissen. Zwei von ihnen stürzten aus 50 Meter Höhe ab und wurden getötet. Dem dritten gelang es, sich das Seil um den Körper zu wickeln. In dieser Haltung mußte der Soldat in etwa 200 Meter Höhe drei Stunden lang aushalten, während etwa 20 000 Zuschauer mit atemloser Spannung die Vorgänge

verfolgten. Schließlich gelang es der Luftschiffbesatzung, den Soldaten an Bord zu nehmen. Das Luftschiff konnte dann endlich am Ankerplatz festgemacht werden. Es wird seinen Flug heute fortsetzen.

Jagd nach Devisenschiebern.

Zollfahndungsstelle greift durch — fünf neue Verhaftungen.

Seit einiger Zeit führt die Zollfahndungsstelle in der Luisenstraße in Berlin einen heftigen Kampf gegen Devisenschieber. Bankiers und Börsenagenten sind von den Beamten der Zollfahndungsstelle der Devisenschiederei bereits überführt und verhaftet worden. Jetzt sind abermals fünf Personen, darunter ein Berliner Bankier und ein Börsenagent unter dem dringenden Verdacht der Devisenschiederei festgenommen und heute dem Untersuchungsrichter vorgeführt worden.

Am 10. Mai wurde der Bankier W. Bentheim von der Firma Sachs, Bentheim u. Co. auf der Zollfahndungsstelle verurteilt. Ihm wurden dunkle Maschinen mit Holland vorgeworfen. Das Verhör endete mit der Festnahme des Bankiers. Er ist in das Untersuchungsgefängnis und heute mittag dem Untersuchungsrichter vorgeführt worden. In einem zweiten Falle sind vier Personen festgenommen worden, die für etwa anderthalb Millionen Mark Effekten verschoben haben sollen. Gegen die vier Leute, es handelt sich um zwei Russen, einen Estländer und einen Litauer, ist gleichfalls Haftbefehl erlassen worden.

Tod beim Rettungsdienst.

Deutscher Dampfer an portugiesischer Küste gestrandet.

Lissabon, 12. Mai.

Die Besatzung eines bei Porto gestrandeten deutschen Frachtdampfers „Gau“ ist bis auf den Kapitän und acht Matrosen gerettet worden, die freiwillig an Bord des Dampfers blieben, weil sie hoffen, daß das Schiff wieder flott gemacht werden kann.

Mehrere zu Hilfe eilende portugiesische Rettungsboote kenterten, wobei vier Mann ertranken. Fünfzig Mann wurden verletzt, davon drei so schwer, daß sie ins Krankenhaus geschafft werden mußten. Außerdem werden vier portugiesische Matrosen vermisst; sie sind wahrscheinlich ertrunken.

Steigendes Grundwasser.

Eine Klage aus Architektenkreisen.

Nachdem in den letzten Jahrzehnten das Grundwasser bei vielen Bauausführungen und insbesondere bei den Untergrundbahnbauten abgesenkt werden mußte, hatte sich in Berlin der Grundwasserpiegel dauernd um fast einen Meter gesenkt und lag in der Innenstadt im allgemeinen 4½ Meter unter der Straße. Er ist jedoch, wohl hauptsächlich wegen der geringen Bauaktivität im letzten Halbjahr so bedeutend gestiegen, daß er zur Zeit nur noch 3½ Meter unter dem Straßenniveau liegt. Dadurch ist nunmehr in einer Reihe von Heizungskellern, Banktreppern, Untergrundbahnhaltungen und sonstigen tiefliegenden Räumen Grundwasser eingedrungen und verursacht an den Heizungskesseln, Installationen, sowie an den gelagerten Waren und Utensilien gewaltigen Schaden. Es wäre zu wünschen, daß Mittel und Wege gefunden werden, um den Grundwasserstand etwas tiefer zu halten und damit die Durchfeuchtung der Keller Räume zu beseitigen.

Die feindlichen Zirkusunternehmer.

Vor einiger Zeit hatte der Zirkusunternehmer Gleich Antrag bei der Staatsanwaltschaft I gegen den Zirkusunternehmer Stofch-Sarrasani wegen verleumdender Beleidigung gestellt, weil Sarrasani durch seine Anstellungen das Gerücht verbreitet haben sollte, daß Gleich aus Kopfschmerzgründen durch Angestellte den Zirkusbrand Sarrasani in Antwerpen veranlaßt hätte. Die Staatsanwaltschaft I hat nunmehr den Antrag auf Eröffnung eines Strafverfahrens mangels öffentlichen Interesses abgelehnt und Gleich auf den Weg der Privatklage verwiesen.

Pharisäer und Zöllner

Sollmann hält dem Dompriester die Bibel vor

In den späten Abendstunden des Mittwochs erlebte der Reichstag noch eine Ueberraschung, nämlich ein im schlechtesten Sinne pfäffisch-pharisäisches Gerede des deutschnationalen Abg. Döhring, der im Hauptberuf Domprediger in Berlin ist und sich gern den „neuen Luther“ nennen läßt. Dieser Mann „begründete“ den Antrag seiner Fraktion auf Verbot des Freidenker-Verbandes und der — Sozialistischen Arbeiterjugend mit den scheinheiligsten Argumenten. Besonders behauptete er, die SAJ. fördere die Unfruchtbarkeit!

Diese Dompfäfferei veranlaßte zu einer Generalabrechnung mit den „Pharisäern und Zöllnern“, die Genosse Sollmann mit Schärfe und ausgezeichnetem Material beforzte.

Abg. Sollmann (Soz.)

Die Gemeinheit der nationalsozialistischen Landesverratshetze gegen die Sozialdemokraten an den Pranger: Solange die Franzosen im besetzten Gebiet standen, haben wir dort keinen Hitler gesehen (Dauergebrüll und Geschimpfe der Nazis), keinen Goebbels und keinen Frid. Man sah weder das Hakenkreuz noch schwarzweiße Fahnen, auch nicht den Stahlhelm. (Widerpruch rechts.) Sie können erzählen, was Sie wollen, es ist ja so. (Andauerndes Geschrei rechts, einer schreit dem Redner zu: „Du Affe!“ — Ordnungsruf.)

Das Rheinland haben die Republikaner für Deutschland gerettet.

Die Nationalsozialisten haben alles getan, um seine Befreiung zu verhindern. (Lebhafte Beifall links, — Geschrei rechts.) Hitler hat im November 1923, als die christlichen, sozialdemokratischen und kommunistischen Arbeiter die Kathäuser von den Separatisten befreiten, durch seinen Münchener Putz den Franzosen und Separatisten einen Hilfsdienst geleistet. (Bogen dauerndem Geschimpfe erteilt der Präsident Ordnungsstufe an die Nazis.) Einer der bekanntesten Separatisten, der Gutsbesitzer Vemburg, steuert sein Auto heute unter der Hakenkreuzflagge. (Nazi-Ben brüllt unausgesetzt.) Herr Ley, zu so vorgerückter Stunde ist mit Ihnen nicht zu diskutieren. (Heiterkeit.) In jenen Novembertagen kamen französische Offiziere zu unseren gefangenen Genossen und sagten ihnen:

„Warum kämpfen Sie denn noch, Herr Hitler legt ja von München her Ihr Reich in Trümmer.“

(Stürmisches Hört! hört! links.) Nicht nur wir Sozialdemokraten, auch das Zentrum wird von Ihnen als landesverräterisch beschimpft, besonders auch der Zentrumsführer Kaas, in dessen Reichthum Sie jetzt um preußische Ministerstellen hetzen. (Geschrei rechts.) So schreibt die „Breussische Zeitung“ in Nr. 206 vom 29. März 1931:

„Die Beauftragten Frankreichs in Deutschland, das Zentrum und die SPD, sollen die Aufgabe vollbringen, die Frankreich selber nicht gelungen ist. Deutschland soll zerhauen werden. Frankreichs „bestes Pferd“, der Zentrumspostreißende Kaas, der sich im Jahre 1923 dem französischen Delegierten der Rheinlandkommission, dem Herrn Tirard, gegenüber erbot, „das Rheinland zu vererblichendigen, wenn man ihn zum Bischof von Trier macht“, der — dem Delegierten Oberst Godeit in Trier erklärte: „Wenn werfen Sie endlich das preußische Gefindel hinaus?“, und mit diesem „Gefindel“ die deutschen Rheinländer meinte, die nicht Lumpen genug waren, um von den landesverräterischen Plänen des Zentrumsführers begeistert zu sein, dieser Herr Kaas hat sein Vorhaben, Rhein und Ruhr zu vererblichendigen, noch nicht aufgegeben. Hand in Hand wird er weiter mit den Franzosen zusammenarbeiten. Deutschland muß auf der Hut sein, das Volk muß den furchtbaren Ernst der Stunde erkennen.“

Und der „Baltische Beobachter“ schrieb in Nr. 105 vom 4. Mai 1930: „Die katholischen Jugendbünde wollen sich lieber von ihrem polnischen „Glaubensgenossen“ erobern lassen, anstatt den Osten Deutschlands zu schenken. Mit der Zentrumsjugend ist auch die Zentrumspartei der gleichen Ansicht.“

Leute, die ohne jeden Beweis einem Volksgenossen Landesverrat nachsagen, beweisen nur, daß sie keinerlei Sinn für politisches Ehrgefühl haben. Das sind dieselben Leute, die vor einem Benito Mussolini winkeln, der als französischer Agent mit französischem Gelde Italien gegen unser Land in den Krieg hineingeht. Und Ihre Gesinnungsreue haben soeben in Danzig unser Blatt auf drei Monate verboten (Jurist: War höchste Zeit!) und durch diese Maßnahme gegen einen Kämpfer für das Deutschtum Pörschke und den Polen das Stichwort zur Verfolgung der deutschen Presse in Polen gegeben!

Die Herzen werden jetzt auch fromm und verlangen in christlicher Demut das Verbot der sozialistischen Freidenker und der Sozialistischen Arbeiterjugend. Das ist für unsere SAJ. eine Ehre. Aber haben Sie ein Recht, unserer Arbeiterjugend Unfruchtbarkeit vorzuwerfen? Wenn meine Freunde im Straßenausschank aus tiefem lokalen Mitleid für die Opfer einer krankhaften Veranlagung beantragt haben, die Strafbestimmungen dagegen zu streichen, dann behaupten Sie draußen im Lande, wir propagierten die Homosexualität, die Sodomitie, die Blutschande.

Wenn Sie so pharisäerhaft auftreten, dann hätten Sie allerdings die Pflicht, im eigenen Hause für Sauberkeit zu sorgen. (Geschrei rechts.)

Woher nimmt Herr Döhring die Annahme, über unsere Kinder zu urteilen. Ich würde mich sehr bedanken, einem solchen Prediger meine Kinder anzuvertrauen. (Geschrei rechts.) Darüber darf doch keine Meinungsverschiedenheit bestehen, daß nicht ein großer Teil der deutschen Jugend unter der Führung eines solchen Mannes wie des Hauptmanns Röhm stehen darf. Das ist kein Parteifeld, es ist ein öffentlicher nationaler Skandal. Nachdem Herr Döhring so gehässig über unsere Jugend geipelt hatte, habe ich mir die Bibel geholt und da finde ich in dem Brief des Apostels Paulus an die Römer I, 27, folgende Worte:

„Desgleichen auch die Männer haben verlassen den natürlichen Gebrauch des Weibes, und sind zueinander entbrannt in ihrer Begierde, haben Mann mit Mann Schande geübt, und den Lohn ihres Irrtums, der sich gebührte, an ihnen selbst empfangen.“ (Hört! hört! und Heiterkeit. — Ein Nationalsozialist nennt Sollmann einen gemeinen Schweinehund, wird aber unter Berücksichtigung von Widerungsgründen nur mit einem Ordnungsruf belegt.)

Wir haben mit den Ausschreitungen der Gottlosen nichts zu tun. Aber wissen Sie denn nicht, daß die Freidenkerei nicht eine Schöpfung des Sozialismus, sondern der liberalen Bourgeoisie ist? Des Christentums scheint es mir nicht recht würdig zu sein, sich hinter den Staatsanwalt zu stellen. Aber die Nationalsozialisten wollen in ihrem Dritten Reich nicht nur die Freidenkerei, sondern auch den Katholizismus ausrotten. So schreibt Alfred Rosenberg in Nr. 181 des „Baltischen Beobachters“ vom 1. August 1930:

„Die Tatsache, daß ein Zentrum überhaupt besteht, zeigt eine Volkskrankheit an, die erst durch ein fröhlich-milchhoffes Erwachen des gesunden Blutes überwunden werden kann.“

schuldigung für die Gemeinheiten bitten, die in den folgenden Zitaten gegen die katholische Kirche und ihre höchsten Organe enthalten sind. In seinem Buch „Der Mythos des 20. Jahrhunderts“ vergleicht Alfred Rosenberg an zahlreichen Stellen den Katholizismus mit dem Aberglauben von Regerstämmen. Er nennt den Katholizismus alte Zauberlehren, die den nordischen Fortschritt vergiften. Weitere, den Katholizismus beschimpfende Stellen in dem Buche Rosenbergs sind:

S. 129: Das Nizäische Glaubensbekenntnis, mit Stimmenmehrheit von Mönchen beschlossen, die zum großen Teil nicht lesen und schreiben konnten, die Lehrlinge, zustandekommen auf Rauberhöfen, auf denen man mit Stochbienen religiöse Fragen enthielt, sind tot.

S. 166: Philosophisch betrachtet, stehen die Glaubenssätze vom Ablass und der wirklichen Fürbitte (nebst einer Unzahl anderer, von der Lehre vom Stapulier bis zu den heiligen Ölen und wunderwürdigen Reliquien) auf der Höhe einer Weltanschauung, deren Typus der Medizinmann ist.

S. 168: Die letzten Folgerungen aus dem römischen System hat der Jesuitismus gezogen. Den Schlüssel in dem Bau der Medizinmannphilosophie schließt das Vatikanische Konzil. Hier wurde der Medizinmann für die Zeit der Ausübung seines Amtes zum unerschließbaren Gott erklärt. Jesus ist jetzt, streng genommen, abgelegt und ersetzt durch das römische System, gekrönt von dem, mit aller Macht ausgefachteten, sich Papst nennenden Medizinmann.

S. 174: Das Vatikanum bedeutet den Bruch der letzten Charaktere in der damaligen Kirche. Und also auch in der Herrschaft dieser christlichen Lehrlinge gezogen worden. Afrikanisch ist das Manichium, ist die Tonur, mittelasiatisch sind die naturwidrigen Kulteurengen, durch die man „Gott näher“ gebracht werden sollte. Asiatisch ist der noch heute in Tibet gebrauchliche Rosenkranz, dessen Mechanismus in der Gebetsmühle seine Bollendung gefunden hat. Asiatisch ist der Fußfuß des Papstes, der Dalai Lama verlangt noch heute das gleiche.

Niemals hat ein deutscher Freidenker so schändliches über die katholische Kirche gesagt! Wir bearmtragen aber nicht, daß die Gottlosigkeit des Herrn Rosenberg verboten werde. Wir glauben, daß das Gesetz zur Bekämpfung der Schundliteratur genügt. (Sehr gut! links und in der Mitte. — Wutgeschrei rechts.)

Sie (nach rechts) wollen Männer der deutschen Kultur sein? Sie sind ja nur ein Anstand geistloser Barbarei gegen den deutschen und europäischen Geist.

Sie wollen Deutschlands Freiheit erlampen? Sie haben nur Sehnsucht nach dem Kreuzstock und nach dem Kadavergehörigkeit der Wehrigen. Sie wollen kommandiert werden von einem Diktator, weil Sie nicht imstande sind, selbst und verantwortlich zu denken.

Sie wollen die Deutsche Sozialdemokratie überwinden? Keiner Ihrer Fürsten und Prinzen, kein Kaiser und kein Diktator hat eine so stolze Ahnenreihe, wie die Deutsche Sozialdemokratie, die von den besten Geistern der deutschen Wissenschaft abstammt. Und diese deutsche Arbeiterkultur wird triumphieren über Ihre verfluchte Barbarei. (Stürmischer, langanhaltender Beifall und Hände klatschen der Soz.)

Weitere Auseinandersetzungen.

Abg. Abel (Volksnat. Reichsvereinigung) bezeichnet es als das Ziel der Bünde, im Gegensatz zum Streik der Parteien den Geist der Volksgemeinschaft zu verbreiten. Die nationalsozialistischen Sturmabteilungen hätten nicht diese Aufgabe erfüllt, sondern mit den schlimmsten Gewaltmitteln die Andersdenkenden terrorisiert, auch die nationalen Kreise, die ihnen weltanschaulich nahe stehen. Die Nationalsozialisten seien tatsächlich die Totengräber des völkischen Gedankens der Jugend (Zurufe der

Nationalsozialisten). Der Wehrminister habe gestern nur einen kleinen Teil des Materials mitgeteilt, aus dem sich die

landesverräterischen Bestrebungen der Nationalsozialisten ergeben. Die SA. solle danach bei einem feindlichen Einbruch nicht gegen die Feinde eingeleitet werden, sondern gegen die deutschen Valsgenossen. (Hört! Hört! Unruhe!)

Die Nationalsozialisten erkreuzten sich der Günst des Franzosen Tardieu. Damit sei ihr Charakter gekennzeichnet. Der Mann, dessen Namen der Reichskanzler gestern nicht nennen wollte, der Mann, der ausländischen Politikern gesagt hat, eine nationalsozialistische Regierung würde konzeptionsbereiter sein als das Brüning-Kabinett, dieser Mann ist Adolf Hitler selbst. (Hört! Hört!) Ich habe von dem ausländischen Journalisten Dellmer selbst den dokumentarischen Beweis dafür erhalten, daß Adolf Hitler ihm gesagt hat: „Ich verlange nicht die Herausgabe der deutschen Kolonial!“

(Hört! Hört! links. — Lachen bei den Nazis.) Die Nationalsozialisten haben sich der Auslandspresse gegenüber damit gerühmt, daß sie nicht den Haung Plan zerreißten wollten, sondern im Gegenteil im Auswärtigen Amt einen dahingehenden Antrag der Kommunisten aus Verantwortungsfühl abgelehnt hätten. (Hört! Hört! links. — Lachen bei den Nazis.) Tardieu's Organ hat von seinem Standpunkt aus mit Recht geschrieben, daß Hitler für die Franzosen viel angenehmer sei als Hindenburg.

Abg. Dornum (SAP.) wendet sich — es ist inzwischen Mitternacht geworden — gegen die Regierungspolitik und gegen die Haltung der Sozialdemokratischen Partei.

Abg. Dr. Gereke (Landvolk) polemisiert gegen die Ausführungen des Abg. Dr. Bredt. Nach den Septemberwahlen von 1930 habe die Wirtschaftspartei die Erweiterung des Kabinetts durch Zuziehung der nationalen Opposition gemüht ebenso wie das Landvolk. Sie könnte also heute dem Landvolk keinen Vorwurf daraus machen, wenn es zu diesem Zweck Mißtrauensanträge gegen das Kabinett zustimmt. Der Mißtrauensantrag der Wirtschaftspartei sei nicht aus sachlichen, sondern aus persönlichen Gründen gestellt worden.

Nach weiteren Bemerkungen der Abgg. Grube (Komm.), Drewnig (Bp.), Dörrich (Landvolk) und Kollath (Bp.) ist die Aussprache um 1 Uhr nachts beendet.

In einer persönlichen Bemerkung erklärt Abg. Ceipien (Soz.), der Abg. Kleiner, der sich als oberchlesischer Freiheitskämpfer aufspiele, sei vor den Polen aus seinem Heimort geflohen und in einem Auto der Interalliierten Kommission über die Grenze gefahren. (Hört, hört!)

Abg. Ley (NSD.) erklärt dem Abg. Sollmann gegenüber, er selbst und viele andere Nationalsozialisten hätten während der Ruhrbesetzung gegen Franzosen und Separatisten gekämpft. Er selbst sei deswegen verhaftet und ausgewiesen worden. Sozialdemokraten und Kommunisten hätten auch in diesem Kampf gestanden, aber Abg. Sollmann und der zu seinem Soldatenrat gehörende Separatist Smeets seien nicht dabei gewesen.

Abg. Dittmann (Soz.) erklärt unter Berufung auf das Ergebnis des parlamentarischen Untersuchungsausschusses jeden für einen elenden Verleumder, der die falsche Behauptung aufstellt, daß er an den Marinemercatorien beteiligt gewesen sei.

Abg. Sollmann (Soz.) erwidert dem Abg. Dr. Ley, der Kölner Arbeiter- und Soldatenrat habe überhaupt die erste Kundgebung gegen die Separatisten veranstaltet. Dr. Goebbels habe sich gerühmt, wegen dieser Kämpfe in belgischen Gefängnissen geschmachtet zu haben. Der „Jungdeutsche“ habe Goebbels wegen dieser falschen Behauptung einen „abgefeimten Lugner“ genannt und Goebbels habe diesen Vorwurf einleiten müssen.

Es folgen noch weitere persönliche Bemerkungen der Abgg. Dr. Ley und Sollmann, bis endlich gegen 13½ Uhr der Präsident die Sitzung nach mehr als fünfzehnstündiger Dauer schließt und die nächste Sitzung auf Donnerstag, 10 Uhr, anberaumen kann.

Auf der Tagesordnung stehen die Abstimmungen.

Der schlechte Kamerad.

Ich halt' einen Kameraden
Der war bei der SA.
Als fremde Heere naheten
Da hat er mich verraten,
Da war er nicht mehr da.
Die Trommel schlug zum Streite.
Aus Not und aus Gefahr
Schlich er sich still beiseite.
Weil er mit seinem Eide
Nur Hitler'n hörig war.
Ich setzte ein das Leben.
In Schmutz und Dreck und Lehm
Lag ich in Schützengraben —
Doch er stand kühl daneben
Und schalt auf das „System“. Hans Bauer.

Proteststreik in Danzig.

Gegen die Unterdrückung der Danziger Volksstimme.
Danzig, 12. Mai. (Eigenbericht.)

Die Betriebe der Danziger bürgerlichen Zeitungen sind seit heute früh stillgelegt. Die Belegschaften sind in einen Proteststreik gegen das dreimonatige Verbot der sozialdemokratischen „Danziger Volksstimme“ eingetreten, durch das etwa 250 bis 300 Familien erwerbslos werden. Infolge des Streiks wird heute nur das Zentrumorgan in Danzig erscheinen. Die Streikenden verlangen von der Regierung Aufhebung des Verbots der „Danziger Volksstimme“, um die schweren wirtschaftlichen Schäden, die das Verbot mit sich bringt, zu beseitigen. Der Streik stößt auf ungeteilte Sympathie in den weitesten Kreisen der Bevölkerung.

An alle Buchdrucker im Deutschen Reich ergeht der Appell, Solidarität zu üben und den für ihre Lebensrechte kämpfenden Danziger Buchdruckern nicht in den Rücken zu fallen! Vor Jutug nach Danzig wird gemarnt!

In der Messehalle in Danzig, dem größten Saalbau der Stadt, tagte gestern Abend eine große, von der Sozialdemokratischen Partei

einberufene Protestversammlung gegen das von der Rechtsregierung dieser Tage ausgesprochene dreimonatige Verbot der „Danziger Volksstimme“. Nicht gedrängte Menschenmassen füllten die etwa 8000 Personen fassende Halle bis auf den letzten Platz und legten ein einmütiges Bekenntnis für den ungebrochenen Kampfeswillen der Danziger Arbeiterschaft ab. Bei ihrer Eröffnung gedachte die Versammlung in Ergriffenheit des fünften Todesopfers der sozialistischen Mordbege im Freistaat, des vor einigen Tagen von dem Führer der SS. in Reuteich auf offener Straße ermordeten sozialdemokratischen Stadterordneten Grubn.

Sodann ergriff der Parteivorstandende Artur Brill das Wort. Unter lebhaftester Zustimmung forderte er vom Senat das Verbot der trotz ihrer zahlreichen Bluttaten noch immer ungehindert in Danzig fortbestehenden SA. und SS. Der innere Friede, die Sicherheit der Danziger Bürger und die außenpolitischen Gefahren, die die Hitler-Banden über den Freistaat heraufbeschwören, gebieten aufs dringendste energische Maßnahmen der Regierung.

In seinen weiteren Ausführungen legte er feierlichen Protest ein gegen das Verbot der „Danziger Volksstimme“, das einer Unterdrückung des schaffenden Danziger Volks gleich sei. Die Arbeitererschaft verlange nichts anderes als ihre demokratische Freiheiten, die Wahrung ihrer Lebensrechte und die Eindämmung der nationalsozialistischen Hetze in Danzig und Polen, um Danzigs Wirtschaft vor einer Katastrophe zu bewahren. Die „Danziger Volksstimme“ sei die stärkste Stütze im Kampfe nicht nur für die Rechte der Arbeiterschaft, sondern auch in der Vertretung außenpolitischer Vernunft. In so mancher Situation habe sie bereits für die Befriedigung der öffentlichen Meinung in Danzig und Polen gesorgt.

Unter stürmischem, minutenlangem Beifall verlangte der Redner sodann die Aufhebung des Verbots. Gerade im Hinblick auf die Beratungen des Völkerversamts in Genf bedeute die Freigabe der „Danziger Volksstimme“ eine politische Notwendigkeit. Zum Schluß seiner Darlegungen ging der Redner noch des näheren auf die politische augenblickliche Situation der freien Stadt Danzig ein, die weniger als irgendein anderes Land der Welt geeignet sei, dem Nationalismus als Experimentierobjekt zu dienen. Nicht blinder Chauvinismus, sondern nur wirtschaftliche und politische Vernunft dürften in Danzig herrschen.

Pfingstkonzert des Reichsbanners. Das traditionelle Pfingstkonzert der Kapelle der Eisernen Front vom Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold, Ortsverein Berlin-Friedrichshain, findet auch dieses Jahr in dem renovierten Gartenlokal „Alte Taverne“, Alt-Stralau 26, statt. Das Pfingstkonzert beginnt 5½ Uhr, das Nachmittagskonzert um 15 Uhr. Der Eintrittspreis beträgt je Veranstaltung 30 Pf. Der Ueberkauf dieser Veranstaltung fließt dem Kampfunds zu. Republikaner, Mitglieder der Eisernen Front, unterstützt eure Sache.

Betrügerische Behauptung.

Vom Schauplatz der „Einheitsfront“.

Die Stillschaltung der SPD-Einheitsfront werden in der „Roten Fahne“ vom 12. Mai durch nachstehenden Beitrag bereichert. In einem Artikel versucht das Blatt, „Straßer, Brüning und die Gewerkschaftsführer“ in einen Topf zu werfen und wendet sich dann gegen die „Spenden-Hofenfeld“ wegen der Behauptung, daß das italienische Beispiel in Deutschland unmöglich sei.

„Sie halten damit die betrügerische Behauptung aufrecht, daß die reformistischen Gewerkschaftsführer grundsätzliche Gegner des Faschismus und Vertreter der Arbeiter seien.“

Diese Leistung des Zentralorgans der SPD ist in der Tat eine betrügerische Behauptung. Tatsache ist, daß in allen europäischen Ländern mit faschistischer Diktatur oder doch einer starken faschistischen Strömung die kommunistischen Treibereien den Boden vorbereitet haben, auf dem die Stimpfpflanze des Faschismus gedeiht.

Erfolgreicher Widerstand.

Die Dresdener Bauunternehmer haben sich eine Schlappe geholt. Sie hatten, da die Rotenordnungsgehälter am 30. April abliefen, verlangt, daß ab 2. Mai der Stundenlohn für Facharbeiter von 1,15 Mark auf 85 Pfennig und der der Hilfsarbeiter auf 71 Pfennig herabgesetzt werde, und zugleich gedroht, daß ein später in Kraft tretender Tariflohn für die Zwischenzeit nicht vergütet werde. Wo die Arbeiter nicht nachgaben, wurden sie zum Teil entlassen. Der Baugewerksbund sperre daraufhin eine Reihe von Firmen. Bald darauf erklärten sich verschiedene Unternehmer bereit, die Löhne, die der Schlichter festlegen wird, nachzuzahlen. Die Front der Unternehmer bröckelte schnell ab. Die geschlossene Haltung der Bauarbeiter hatte Erfolg.

Manchesterer Männer kündigten.

Signal eines schweren Konflikts in der Textilindustrie.

Manchester, 12. Mai.

Die Bereinigung der Baumwollspinnerei- und Webereibetriebe hat nach ihrer Ankündigung vom 3. Mai beschloffen, alle Vereinbarungen über Löhne und Arbeitszeit zum 11. Juni zu kündigen. In normalen Zeiten beschäftigt die Baumwollindustrie von Manchester 500 000 Arbeiter. Die Arbeiterverbände haben noch keine Stellung zu diesem Beschluß genommen.

Erfolgreicher Abwehrstreik.

Der Fleischerstreik in Ludwigslust in der Fleischwarenfabrik Gebr. Schulze ist nach kurzer Dauer erfolgreich beendet worden. Die Arbeit wurde heute früh wieder aufgenommen.

In England hat die Zahl der Arbeitslosen zugenommen. Sie betrug am 25. April 2 652 181, 84 849 mehr als am 21. März, 132 065 mehr als im Vorjahre.

Rundfunk am Abend

Donnerstag, den 12. Mai 1932.

Berlin: 16.05 Georges von Cuvier (Privatdozent Dr. J. Schuster). 16.30 Konzert der Deutschen Musikbühne. 17.30 Hausfrau und Handwerk (Hildegard Margis). 17.55 Jugendstunde: Mechanische Musik früher und jetzt (mit Schallplatten). Am Mikrophon: Dr. E. Krutige. 18.15 H. P. Weitz liest eigene Prosa. 18.30 Sozialpolitische Umschau (Dr. W. Pohl). 18.55 Die Funkstunde teilt mit... 19.00 Stimme zum Tag. 19.10 Tanzabend. 20.00 Reichsehrenmal (Prof. Dr. H. Straumer). 21.00 Tages- und Sportnachrichten. 21.10 Aus Breslau: Der Spinnabend. 22.15 Wetter-, Tages- und Sportnachrichten. 22.30 Aus Hamburg: Unterhaltungskonzert.

Königswusterhausen: 16.00 Bücherstunde: Deutsche Landschaft — Deutsche Geschichte (Dr. K. Würzburger). 17.30 Die Bedeutung und Aufgabe der Heimatmuseen

(Dr. K. Hahn). 18.00 Moderne Klaversonaten (H. E. Riebensahn). 18.30 Spanisch für Fortgeschrittene (Gertrud van Eyseren, Dr. F. Armesto). 18.55 Wetterbericht. 19.00 Die Kunst im Lebensraum des neuen Rußland (Dr. W. Born). 19.20 Neue Wege zur verbilligten und vereinfachten Grünfütterkonserverung (Ob. Reg.-Rat Dr. Liehr). 19.35 Wirtschaft und Währung (Reichsminister a. D. Dr. E. Hamm) 20.00 Aus Hamburg: Niedersächsischer Abend. 22.20 Wetter-, Tages- und Sportnachrichten. 22.40 Aus Hamburg: Unterhaltungskonzert. Sonst: Berliner Programm.

Vollständiges Europa-Programm im „Volksfunk“, monatl. 96 Pf. durch alle „Vorwärts“-Boten oder die Postanstalten.

Wetter für Berlin: Bewölkungsabnahme und Erwärmung, Winddrehung auf Süd. — Für Deutschland: Allgemeine Wetterbesserung mit ansteigenden Temperaturen.

Sozialistische Studentenschaft Berlin. Heute Teilnahme an der Kundgebung im Behrerereichshaus, Alexanderplatz. Deutsch-Französische Kundgebung: „Krieg und Faschismus“. Redner: Leon Jouhaux-Paris und Erik Rölling-Frankfurt.

Kinderfreunde Kreis Köpenick. Jungfalken und Rote Falken, die Teilnehmer sind vom Zeltlager am Beecher, treffen sich zur Abfahrt morgen, Freitag, früh 7 Uhr, am Bahnhof Grünau. Auch die Teilnehmer mit Rädern haben sich um diese Zeit hier einzufinden.

Verantwortl. für die Redaktion: Rich. Bernheim, Berlin; Anzeigen: Th. Glöck, Berlin. Verlag: Vorwärts Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Vorwärts-Druckerei und Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW 68, Ullrichstr. 2. Hierzu 1 Beilage.

staats Theater Donnerstag, den 12. Mai Staatsoper Unter den Linden 19½ Uhr Carmen Stadt-Schauspielhaus Geddesmarkt 20 Uhr Minna von Barnhelm	Volksbühne Theater am Blöcherplatz 8 Uhr Sturm im Wasserglas mit Hans Niese Stadt. Schiller-Theater 8 Uhr Die Räuber	Städt. Oper Charlottenburg Bismarckstraße 34 Donnerstag, 12. Mai Turnus II Die Bürgschaft Reinmar, Rode, Müller, Essinger, Kaudl, Gombert, Gonszar Anfang 19.30 Uhr Ende 23 Uhr	Deutsches Theater 7½ Uhr Zum 1. Male Die Journalisten Lustsp. nach Gustav Fraytag von Felix Jacobson Musik: Theo Mackeben Regie: Heinz Hilpert.	Unwiderruflich nur im Mai täglich 8 Uhr GROSSES SCHAUSPIELHAUS DIE SCHÖNE HELENA MAX REINHARDT INSZENIERUNG
--	--	---	--	---

Stoffe für Leib- und Bettwäsche, Sommerstoffe aller Art zu außerordentlich billigen Preisen!
 Verkaufszeit 8-5 Uhr, Sonnabends 8-2 Uhr
Mechanische Feinweberei Adlershof A.-G. Kleider- und Seidenstoffe aller Art
 Berlin-Adlershof, Adlgerstraße 263
 gegenüber Stadtbahn, Fernr.: Adlershof 217, 218, 241

Beschäfts-Anzeiger

Bezirk Norden-Osten

BERLINER ELEKTRO HÜTTE G.M.B.H.
 Unser gemeinwirtschaftliches Unternehmen bietet die größten Vorteile bei Installationen u. dem Bezuge von Beleuchtungskörpern, Radio u. and. elektrotechn. Bedarfsartikeln
 BERLIN SO 36, ELISABETH-UFER 5-6
 BERLIN-TEMPELHOF, ATTILASTR. 10

Bevor Sie **Möbel** kaufen
 besichtigen Sie meine Ausstellung
 Zahlungserleichterung ohne Aufschlag, bei Kassa 5%
JULIUS KIWI Tischlermeister
 Berlin N, Chausseestr. 60

Wurst
Willy Hanka
 Brunnenstr. 121 - 122
 billig gut!

ARBEITER! Deckt euren Bedarf in Eisenwaren, Werkzeugen, Haus- u. Küchengeräten bei **ERNST WIESE**
 Berlin O 34, Frankfurter Allee 72

Stempelfabrik
Werner & Schade
 Berlin N, Kastanienallee 43
 Fernsprechanschluß: Humboldt 1011-1012
 liefert Kautschuk- und Metallstempel prompt

Inserate im **Vorwärts** bringen Erfolg!

Für den Herrn kauft man gut und preiswert Hüte, Mützen, Oberhemden, Krawatten, sowie alle modernen Herrenartikel im Spezialgeschäft **Paul Menzel**
 Köpenick, Schloßstraße 17.

Lorenz

Raffee
 Hermann Lorenz
 Invalidenstraße 161
 Kaffee, Tee, Kakao, Eig. Rösterei seit 1876

Großgarage Nordbahnhof
 J. Maximilian Janischewski
 Eberswalder Str. 14-15 (1 Minute vom Nordbahnhof)
 Oderberger Straße 19
Garagen :: Tankstellen :: Werkstatt
 Tag und Nacht geöffnet - Telefon: D. 4, Humboldt 2887

Tapeten Linoleum
 Tapetenhaus Hussack
 NO, Wörther Straße 30

„GOBA“
 Frischluft-Trockner
 ermöglicht Kinderwäsche in Licht u. Sonne zu trocknen
 Erhältlich in Warenhäusern — Konsum

„Hawag“ (R. 202)
 Heizung, Lüftung, Be- und Entwässerung
 NO16, Landsberger Str. 92, Tel.: Alex. 9130/1

Raiskeller Wedding
 Otto Friedrich Schulz
 Müllerstraße 146 Eingang Limburger Str.
 Vereinszimmer

BANDAGIST
 Lieferant sämtlicher Krankenkassen sowie städtischer und staatlicher Behörden
 BERLIN N.54 Brunnen-Str. 166

Dachpappen-Verkauf etc. zu billigsten Fabrikerpreisen
Theodor Seibel
 Dachdeckermeister, Leitertungen
 Berlin-Mariendorf
 Frühstraße 26 / Tel. 368ring 1312

P. KRAUSE, Isoliermittelfabrik
 Wärme-, Kälte-, Schall-Isolierung
 Eigenes Verfahren für Wärmeschutz bei Grundwasser-Abdichtungen
 BERLIN NW., Turmstraße 73.

Buchdruckerei Richter G.m.b.H.
 Bln.-Charlottenburg 5
 Sophie-Charlotte-Straße 15
 Am Bahnhof Westend / G.4, Will. 3275-26

LANGE

STOLPER JUNGCHEN

 VOLLETTET CAMEMBERT
 In allen Butter- und Käsegeschäften zu haben. 102

Märkischer Fleischkonsum
 Hermann Pohle
 Palisadenstr. 29 Strausberger Str. 34

Gebr. Löffler
 Berlin O 17, Ostbahnhof [224]
Kartoffelgroßhandlung
 kaufen und verkaufen alle Sorten Speisekartoffeln wagenweise

C. Hartseil, Wäsche-Verleih
 Tel.: Moritzpl. F. 1, 0918. S 42, Fürstenstr. 20
Wäsche aller Art [209]
 Gute Beschaffenheit, kulante Bedingungen!

GERMANIA-PRACHTSALE
 CARL RICHTER
 Berlin N 4, Chausseestr. 110 :: Weidendamm 6103 U. 6080
 Sale für Festlichkeiten, Kongresse usw. bis 1200
 Personen fassend zu den günstigsten Bedingungen R.126
 Gute Küche :: gepflegte Biere :: Solide Preise

Büromöbel
 Ausrüstung von Jugendheimen
Kurt Schütze
 Berlin N 05, Fannstr. 27
 Telefon D 6, 3128

EBT
Leberwurst
 preiswert nahrhaft

Eier-Großhandlung
 Billigste Bezugsquelle für Familien
M. ZIERLER
 50.16, Cöpenicker Straße 67
 Telefon: F 7 Jannowitz 1900

„Vorwärts“-Leser, kauft bei unseren Inserenten!

Prof. Dr. Emil Luchs:

Ueberfüllung der höheren Schulen und ihre Ueberwindung

1.

Versammlungen werden gehalten, Methoden erdacht, Hemmnisse gesucht, wie man den Zubrang zur höheren Schule aufhalten, dadurch die Ueberfüllung der Universitäten vermeiden und gesunde Bildungszustände schaffen kann. Was man aber vorbringt, zielt darauf hinaus, daß man das Abgangsexamen der höheren Schule strenger gestalten soll. Doch man an den Universitäten selbst Zugangsexamen einfügen und während des Studiums dauernd durch Examen sichten soll usw. Damit wird aber die „Sichtung“ erst da eingeschaltet, wo sie schon zu spät kommt. Sie wird außerdem mit Methoden vollzogen, die nicht auf wirkliche Tüchtigkeit sichten. Es ist eine alte, immer wieder sehr ernst zu nehmende Sache, daß Examina günstig sind 1. für den Unverschämten, Kalkülhänzligen, der nicht immer der Beste ist; 2. für den Lernfaulen, der sich müßig von seinem Lehrer mit Kenntnissen vollstopfen läßt, ohne das Bedürfnis nach eigener, selbständiger Arbeit und Durchprüfen des Stoffes zu empfinden. Wer das Bedürfnis nach selbständigem Urteilen, Prüfen und Durcharbeiten hat, wird schon vor dem Examen so sehr davon beansprucht, daß er oft verläumt, diejenigen oberflächlichen Kenntnisse zu sammeln, mit denen ein gänzlich Gedankenloser ihn übertrifft.

2.

Ueber all diesen Vorschlägen vergessen wir, daß die andere Möglichkeit schon längst erkannt ist, schon längst in gediegener Arbeit ausgearbeitet nur der Anwendung auf unsere höhere Schule wartet.

Diese Möglichkeit heißt „moderne Erziehungs- und Bildungsmethode“, jene Methode, die darauf ausgeht, nicht den jungen Menschen mit „Bildung“, d. h. in diesem Falle Kenntnissen, vollzustopfen, sondern ihn dazu zu bringen, sich selbständig, auf einem beschränkten Gebiet Urteil, Kenntnisse und Erkenntnis zu erwerben.

Darauf müßten unsere sämtlichen Schulen mit Energie eingestellt werden, daß sie Gruppen werden lassen, die mehr und mehr von der absoluten Führung des Lehrers sich lösen, unter dessen Beratung ein Wissensgebiet selbständig durcharbeiten, daß dann der einzelne sich auch von der Gruppe löst und neben Gruppenarbeit auf anderen Gebieten, ein Gebiet ganz selbständig, ganz allein durcharbeitet und darstellt. Bis jemand in die Unterprima einer höheren Schule kommt, müßte er imstande sein, ein Gebiet als Gebiet seines besonderen Interesses zu wählen, auf diesem selbständig zu arbeiten und selbständige Arbeiten zu liefern. Wer nicht imstande ist, zu solcher Arbeit zu kommen, würde durch eine solche Schule ganz von selbst ausgeschaltet werden. Sei es, daß die Willenskraft mangelte, sei es, daß — was damit zusammenhängt — die Intensität des Interesses fehlt, die nötig ist, um ein Gebiet zu wählen und zu bearbeiten.

3.

Es ist deutlich, daß auf diese Weise nicht die Kenntnisse den Ausschlag geben, nicht einfach das mehr oder weniger sichere Urteil des Lehrers über den Schüler, sondern einfach dessen Fähigkeit auf irgendeinem Gebiet selbständig zu arbeiten. Der eine würde sich auf ein Gebiet der Naturwissenschaft werfen, sei es Biologie, Chemie, Physik, der andere auf Mathematik, der dritte auf Geschichte, der vierte auf Literatur. Jeder würde sich innerhalb der weiten Wissenschaft noch ein Sondergebiet wählen. Aber er würde von da aus die Methoden und Gesichtspunkte, den Geist und die Gesamtheit dieses Gebietes deutlicher, eindringender schauen als alles Darbietende durch den Lehrer ihm geben kann. Zur Unvergleichlichkeit aber würden nur die kommen, die auf einem Gebiet schon bewiesen haben, daß ihnen jene geistigen Fähigkeiten zur Verfügung stehen, die für Erlangung wahrer „akademischer“ Bildung notwendig sind.

Man hätte nicht mehr nötig, durch Erhöhung der Gebühren die Privilegien des Besitzes an der Bildung zu erhalten. Man hätte nicht nötig, Krampfhast nach Gesichtspunkten zu schieben, die Tüchtige und Untüchtige ausschalten und jedenfalls den nicht ausschalten, dessen Vater ihn durch Nachhilfe jeder Art durch die Examina pressen kann. Man würde durch die Methode des Unterrichts selbst einfach jeden ausschalten, dem die geistigen Vorbedingungen fehlen, die zum Bewältigen solcher Bildung nötig sind. Man würde damit gleichzeitig Raum schaffen für alle, die aus den finanziell vernachlässigten Familien aufsteigen wollen und können, weil ihnen diese Kräfte zur Verfügung stehen.

4.

Man würde zugleich jene Vereinfachung der höheren Schulen treffen, die ebenso notwendig ist. Wir hätten nicht mehr ungezügelt Typen von höheren Bildungsanstalten nötig, sondern nur die eine höhere Schule, die Raum gibt für verschiedenartige Gruppenbildung, die sich nach dem Interesse, der Begabung, dem Arbeitswillen, die schließlich dem einzelnen Raum gibt für seine Interessiertheit. Der Lehrer würde — besonders in den höheren Klassen — nicht mehr mit übermäßigen Stunden belastet, aber er würde ganz anders gefordert sein, sich persönlich um die Gruppen, um den einzelnen zu kümmern in Beratung der selbständigen Arbeit und würde zu einer viel intensiveren Weiterbildung einfach gezwungen durch die Konkurrenz mit dem Streben seiner Schüler als jetzt.

Vielles, was jetzt der Jammer der höheren Schulen ist, würde verschwinden.

5.

Man fürchte nicht allzu große Einseitigkeit der Bildung. Erstens bleibt ja der Austausch zwischen den Schülern, der sehr intensiv werden würde, sobald man diese Selbständigkeit fördert. Zweitens würde jeder Schüler Sprache und Fähigkeit des Sprachlichen, Schriftlichen Ausdrucks ganz anders beherrschen müssen als heute. Er würde ja in die Notwendigkeit verlegt, bestimmte Erkenntnisse eines Gebietes sprachlich zu bewältigen. Außerdem gibt jede selbständige Beschäftigung mit einem wirklich wichtigen Gegenstand tausend Einblicke in andere Gebiete und Leben.

Außerdem bleibt ja natürlich bestehen, daß neben der Forderung der selbständigen Arbeit auf einem Sondergebiet Blick und Kenntnis für anderes Wichtiges ausgebildet werden muß. Aber auch diese Nebengebiete werden sofort in einer ganz anderen Weise verarbeitet werden müssen, wenn daneben das Reifen des Geistes in selbständiger Arbeit auf einem Vorzugsgebiet steht.

6.

Ist eine solche Umstellung der höheren Schulen möglich? Langsam, sehr langsam hat sie hier und da begonnen. Immer noch wer-

Freiwilliger Arbeitsdienst?

Erfahrungen eines Republikaners / Von Kurt Bley

Seit einiger Zeit wird der freiwillige Arbeitsdienst ernsthafter erörtert und ist in gewissen Kreisen geradezu zum Modeproblem geworden. Es ist unsere Pflicht, jede Illusion über die Auswirkungen des freiwilligen Arbeitsdienstes zu zerstören, und insbesondere dem Irrglauben entgegen zu treten, es könne durch ihn die Erwerbslosigkeit beseitigt werden. Trotzdem lohnt sich eine ernsthafte Untersuchung seiner Vorzüge und Nachteile.

Der Deutsche Republikanische Studentenbund glaubte ein Experiment voranzutreiben zu können. Er erließ einen Aufruf zur Teilnahme an einem 5wöchigen Arbeitslager im Emsland. Es meldeten sich 50 republikanische Studenten, die im freiwilligen Arbeitsdienst zum Bau einer Landstraße bei Esterwegen, Kreis Hümmling, eingesetzt wurden. Die Aufgabe bestand darin, auf einem Berg Sand zu laden und zu laden, ihn auf das Moor zu transportieren, wo er gesiept und in Form eines Dammweges verbaut wurde.

Morgens um 6 Uhr stand man auf, wusch sich und aß stehend einige Scheiben Brot, dann wurde der 4 Kilometer lange Weg zur Arbeitsstelle angetreten. Um 10 1/2 Uhr begann die Arbeit, die mit einer viertelstündigen Pause bis um 14 Uhr nachm. dauerte. Das bedeutete eine ehrsche Anstrengung für die Studenten, die meist körperliche Arbeit nicht gewohnt sind. Nach dem Rückweg und der gründlichen Wasche gab es ein schlichtes und nahrhaftes Mittagbrot. Das Essen wurde in einer Kantine hergestellt. Die saften Mahlzeiten richtete ein ständig wechselnder Küchendienst her.

Der Nachmittag wurde zur Durchführung von Organisationskursen und von Arbeitsgemeinschaften benützt, die unseren Hochschulkampf und seine Erfahrungen, sowie alle Gebiete der Wirtschaft und Politik behandelten. Die Arbeitsgemeinschaften waren außerordentlich produktiv, weil in wochenlanger Arbeit jedes Problem zu Ende diskutiert werden konnte.

Nach dem Abendbrot legte man sich in kleineren oder größeren Kreis zusammen und erzählte von Fortritten, von gelungenen Tagungen und was sonst ein politisches Gemüt in seinen Feiertagen bewegt. Die Musik und das Vorlesen kamen nicht zu kurz. Die Sonntage wurden für Fahrten — sogar über Osnabrück bis nach Amsterdam — benützt, an einem Feiertag fand man sich zu einem Dorfabend mit Liedern, Spielen und Tanz zusammen. Vorher wurde ein Fußballwettkampf mit der Dorfjugend im Beisein der gesamten Bevölkerung mit 4:3 Toren verloren. Diese kurzen Angaben mögen das überaus herzliche Verhältnis zur Bauernschaft illustrieren. Wir haben eine Vertrauensbasis geschaffen, von der aus alle wirtschaftlichen und politischen Fragen im persönlichen Gespräch sachlich geklärt werden konnten. Durch unsere Hilfeleistung, die aufrichtig geachtet wurde, erreichten wir eine Atmosphäre gegenseitiger Freundschaft, die für eine aufgeschlossene Diskussion nötig ist. In Zukunft dürften solche Arbeitslager für die Landagitiation größte Bedeutung erlangen.

Als das Lager geschlossen wurde, hatten wir ein Kilometer Straße bei 9 Meter Breite durch das Moor gebaut. Der Einsatz hat sich gelohnt.

Wenn auch dieses Lagerexperiment so gegliedert ist, daß in den kommenden Ferien ein neues gewagt wird — und es werden viele wiederkommen —, so darf man doch die Problematik des freiwilligen Arbeitsdienstes nicht verlernen. Es sind vor allem zwei Bedenken zu beseitigen: die Gefahr des Lohndrucks und der Militarisierung der Arbeit.

Der Lohndruck fällt durch den zusätzlichen Charakter der Arbeit fort. Es sind nur solche Projekte in Angriff zu nehmen, die auf dem freien Arbeitsmarkt wegen Unrentabilität liegen bleiben. Der Militarisierung der Arbeit begegnet man durch die Freiwilligkeit. Auch in Zukunft dürfte der Einfluß der Gewerkschaften jeden Umschlag der Freiwilligkeit in Zwang verhindern.

Das Studentenlager genügt beiden Erfordernissen. Ohne den freiwilligen Einsatz wäre der Straßenbau liegen geblieben, jetzt aber

murden sogar 15 Arbeiter eingestellt, weil das Projekt rentierte.

Ehe aber allgemein eine positive Stellung zum freiwilligen Arbeitsdienst eingenommen werden kann, müssen noch stärkere Sicherungen gegen jede reaktionäre Ausnutzung des Willens zu produktiver Tätigkeit geschaffen werden. Vor allem muß der ganze Fragenkomplex in das Arbeitsrecht eingebaut werden. Die Rechte und Pflichten des Jugendlichen müssen kraft reichsgesetzlicher Regelung einen klaren Rechtsanspruch gewähren.

Die Gestaltung des Arbeitszweckes hat ferner die größte Bedeutung. Es dürfen nur gemeinnützige Projekte in Angriff genommen werden. Die rühmlichst bekannte Dinta ist bereits geschäftig dabei, den freiwilligen Arbeitsdienst in den Privatkapitalismus einzubauen. Der schärfste Kampf gegen diese Bestrebungen ist unsere Antwort. Umgekehrt liegt in der Gemeinnützigkeit ein Anlaß zur kollektiven Umgestaltung unserer Wirtschaft. Durch genossenschaftliche Siedlungen, Kanal- und Straßenbauten, Bodenkultivierungen wird der Sektor öffentlicher Wirtschaft verbreitert.

Ein letztes Problem harret einer befriedigenden Lösung. Die Erfahrung zeigt, daß ein Lager schwere Krisen durchlebt. Soll es nicht auseinanderbrechen, müssen gute Führer an die Spitze gestellt werden. Die Problematik der Gemeinschaft setzt nicht bei der Arbeit, sondern bei der Gestaltung der Freizeit ein. Diese Frage ist daher keinesfalls unwichtig, sondern gehört in den Mittelpunkt der Diskussion. Ein guter Führer vermittelt nachhaltige Ergebnisse, die gerade den eigenen Wert des Lagers ausmachen. Die Arbeitszeit darf daher höchstens 8 Stunden betragen, damit nicht die körperliche Erschöpfung eine geistige Tätigkeit unmöglich macht. Es besteht die Gefahr, daß bei einer staatlichen Führerauslese die Maßstäbe des alten preussischen Kommiss angelegt werden. Die Auswahl sollte daher den großen Organisationen überlassen bleiben, die ihre bewährten Gewerkschafts- und Arbeiterjugendführer herausstellen können. Im Emsland wurde von der Gemeinschaft ein vierköpfiger Lagerrat gewählt, der sachungsgewandte und ausführende Organ war.

Sind die notwendigen Sicherungen gegen eine reaktionäre Ausdeutung des Arbeitsdienstes geschaffen, dann kann die Bewegung außerordentlich segensreich wirken. Ihr großer sozialpädagogischer Wert ruht darin, daß der erwerbslose Jugendliche aus der Verhargie dauernden Richtstuns herausgerissen wird und im Kreise gleichaltriger Kameraden und Genossen sinnvolle Beschäftigung findet. Die erschütternden Fälle sozialer Jugendlicher, wie sie gerade die letzten Tage zeigten, das erschreckende Anwachsen der Tuppelbrüder, die nach kurzer Zeit ins Lumpenproletariat herabsinken, sprechen nur zu deutlich. Und ist das Anwachsen des Nationalsozialismus unter jungen Proletariern nicht bestimmend darauf zurückzuführen, daß der Jugendliche kein Klassenbewußtsein entwickeln kann, weil er noch niemals längere Zeit im Produktionsprozess stand?

Die Gemeinschaft des Lagers erzieht jeden einzelnen zum sozialen Menschen und zum kollektiven Lebensgefühl. Auch die mangelnde staatsbürgerliche Schulung kann im Lager nachgeholt werden.

Allein das Emsland hat nach den Worten des Regierungspräsidenten Dr. Sonnenstein Beschäftigung für 300 000 Jugendliche.

Das Experiment des republikanischen Studentenlagers ist gelungen. Die Gefahren des Arbeitsdienstes sind aus eigener Initiative überwunden worden. Unsere Massenorganisationen haben jetzt das Wort. Fassen wir nicht zu, dann wird es die Reaktion tun, die schon einen erheblichen Vorsprung hat. Ueberläßt man die Lagerbewegung der Regierungsbürokratie oder gar der Dinta und den Faschisten, dann feiert Himmelstoft, der ewige Unteroffizier, frühliche Auferstehung. Pöken wir selbst an, dann schaffen wir eine Armee des Friedens, eine lebendige soziale Gemeinschaft.

den ungezügelt, eifrige Lehrer, die in dieser Richtung arbeiten, vom alten, herrschenden System erdrückt. Aber die Möglichkeit ist da — die Notwendigkeit dazu!

Es muß möglich sein. Die Not der Universtität, die Tatsache des Bildungsproletariats, der Lebenskampf unseres Volkes machen es zur zwingenden Notwendigkeit, hier endlich das Entscheidende zu tun! Tun wir es nicht, so wird auch die höhere Schule ein Stück des Verzagens sein, in dem unser Volk in größter Lebensnot sich weigert, sein Lebensgeschick wirklich in die Hand zu nehmen und wirklich zu bestimmen. Es steht eben doch für das deutsche Volk so, daß es entweder endlich alle traditionellen Lehmnngen überwindet und seine Geisteskräfte entscheidend entsetzt — oder im Konkurrenzkampf der Völker auf eine sehr, sehr tiefe Stufe gedrückt wird.

Dr. Alfred Ehrentreich:

Stimme der Jugend aus Wales

Zum ersten Male verbreitet am 18. Mai die walisische Schuljugend durch die Sendestationen vieler Länder ihre freundliche Botschaft zur Erinnerung an die Eröffnungssitzung der ersten Haager Friedenskonferenz von 1899 und in dem Bestreben, dies Datum für alle Zukunft zu einem Tage des guten Willens und der internationalen Freundschaft zu erheben. Nicht weniger als 63 Länder haben im vergangenen Jahre durch Schulen und Jugendgruppen brieflich, telegraphisch, ja durch den Rundfunk (z. B. in Holland) auf die letzte „Ramen“-Sendung geantwortet. Die Zahl der Antworten und die öffentliche Teilnahme an diesem sinnvollen Unternehmen der walisischen Völkerverbündeligen werden weiter steigen; gerade von der deutschen republikanischen Jugend wird in einer Zeit zunehmender nationalstiftischer Berengung des Horizonts die Gelegenheit gern aufgegriffen werden zu einem Bekenntnis zu völkerverbindender Einheit jugendlichen Willens.

Der Wortlaut der diesjährigen Funkbotschaft ist allgemeiner gehalten als letzthin:

„Wir Jungen und Mädchen aus Wales grüßen euch, Knaben und Mädchen aller Länder, von ganzem Herzen. Die Welt ist jetzt zu einem Dorf geworden, seit wir Bewohner in Hörweite voneinander gebracht sind.“

Heute, am Tage des Guten Willens, gedenken wir der aus den verschiedensten Völkern stammenden Pioniere, die solch großes Wunder vollbrachten: derer, die es zuerst ermöglichten, daß Boten über Ebenen und Berge und unterhalb des Meeres wanderten, und derer, die Worten Schwingen verliehen, um von Erdteil zu Erdteil zu fliegen. Das waren die Glaubenshelden und die Seher, die dazu beitrugen, uns in der Welt zu nachbarn zu machen.

Jetzt trägt die Luft uns Musik aus vielen Ländern und Stimmen in allen Sprachen zu, und durch unsere Rundfunkstationen können Völker zu Freunden werden.

Laßt uns denn, Knaben und Mädchen, durch Gedanken, Worte und Taten, mit all unserer Kraft dahin wirken, daß die Rundfunkstationen aus unseren eigenen Ländern stets Botschaften der Freundschaft und des guten Willens seien.“

Antworten in englischer Sprache werden erbeten von der „League of Nations Union“, 10, Museum Place, Cardiff, Wales, England. Deutsche Grüße sind zu übermitteln an die Deutsche Liga für Völkerverbund, Berlin W 35, Potsdamer Straße 103a, die sie dann weitergeben wird. Die deutsche Liga hat anlässlich des 18. Mai übrigens wie alljährlich eine besondere kleine Zeitschrift „Jugend und Weltfrieden“ gedruckt, die nicht nur interessante Beiträge zu dieser Waliser Veranstaltung bietet, sondern darüber hinaus einige hübsche Hinweise auf Pionierleistungen wie den Flug Piccards und den Film „Kameradschaft“ bringt. Man möchte der Ausgabe (Stück 5 Pf.) weite Verbreitung bei unseren jüngeren Schülern wünschen. Der deutsche Text der Funksendung wird von verschiedenen deutschen Stationen gebracht werden, am besten wird man ihn auf der „Deutschen Welle“ am 18. Mai in der Zeit von 3 bis 3.25 Uhr nachmittags hören. Wer einen sehr leistungsfähigen Apparat besitzt, kann auch den englischen Wortlaut einzufangen suchen: er wird von Cardiff und Manchester um 5.15 Uhr nachmittags gesendet, und zwischen 7 und 9 Uhr abends französisch durch die offiziellen Stationen in Frankreich verbreitet.

Vom sozialistischen Standpunkte, der die wesentliche Bedeutung wirtschaftlicher Vorgänge für das Gesellschafts- und Völkerverleben hervorhebt, wird man solche Bemühungen wie die der walisischen Jugend nicht überschätzen. Auf der anderen Seite dienen sie aber in bescheidenem Maße auch ihrerseits dazu, eine Atmosphäre zu schaffen, wie sie heute mehr denn je zu wünschen wäre, die der Verständigungsbereitschaft nicht nur innerhalb, sondern auch jenseits der Landesgrenzen.

Wo steht der Student?

Ein Ausspracheabend.

Der Republikanische Studentenbund hatte am Donnerstag zu einer kontradiktischen Aussprache über Günter Weisenborns Studentenroman „Barbaren“ eingeladen, der ja auch schon im „Abend“ Anlaß einer Diskussion gewesen ist. Redner aus allen Lagern der studentischen Verbände waren angekündigt. Nun registrierte zwar Schauspieler Busch von der Volkshöhle Tische aus dem Roman, und der Verfasser verlas eine Proklamation, die sich im wesentlichen an die Formulierungen seines Romans hielt, aber der Roman selbst blieb doch nur äußerer Anlaß zu einer politischen Aussprache, die den politischen Standort des heutigen Studenten klären sollte. Diese Berührung des Themas ist bedauerlich. Sie wohnt der Aussprache viel von ihrer Lebendigkeit und ließ sie teilweise in parteischablonenhafter Politisierung verfallen.

Die Ueberräuschung des Abends blieb, daß in der offiziellen Aussprache das bürgerliche Element unter den Studenten überhaupt nicht vertreten war, wenn man von dem Repräsentanten des Reichsverbandes der Zentrumsstudenten J. Springer abseht, dessen Bekenntnis zu einer Art Volkstourenismus auf föhler Ablehnung stieß. Kurt Bleg vom Republikanischen Studentenbund hatte Recht, wenn er feststellte, daß der Student ein Stand nicht mehr besteht, daß der Student von heute unbürgerlich ist und zur kollektiven Lebensgestaltung drängt. In der Tat war dies die Gesamtlage, auf der die Redner des Abends, ob es sich um Kommunisten, Sozialisten, den Vertreter der Kampfgemeinschaft revolutionärer Nationalsozialisten (die RSDAP selbst hatte nach sehr lauter Art gekündigt) oder Vertreter des Jungdeutschen Ordens handelte. Und der spontane Beifall einer bemerkenswert zahlreichen erschienenen Studentenschaft gab ihnen Recht.

Insofern war eine gemeinsame Linie zu erkennen. Aber Student nach man, der die Diskussion einleitete, hatte doch Unrecht, wenn er die Frage nach einer gemeinsamen Linie im Sinne der eines gemeinsamen Zieles gestellt wissen wollte. So wenig die einzelnen Redner der Studentenschaft es wahr haben wollten, so sehr aus ihnen die Sehnsucht sprach, bei allem Kollektivismus innerhalb der Volksgemeinschaft ein die Zukunft formendes Sonderelement zu sein, so klar kam es doch bei jedem einzelnen Sprecher zum Ausdruck, daß er der Exponent einer jener Parteien war, die aus dem politischen Leben bekannt sind, und daß er über seine Parteigebundenheit hinaus nichts zu sagen hatte. Ernst Dittwald, Vertreter der kommunistischen Studenten, Autor eines ausgezeichneten Aufzugsromans, dem auch im übrigen einige treffliche Formulierungen gelangten, trat das Richtige, wenn er auf diese Gebundenheit, die zugleich eine Verbundenheit ist, hinwies, und wenn er, wie das auch schon Bleg getan hatte, erklärte, daß die auch durch die Studentenschaft gehende Parteierklärung bei aller Sehnsucht nach kollektiver Lebensgestaltung ein gemeinsames Ziel unmöglich mache.

Ein besonderes Verdienst war es, wenn der Vertreter der sozialistischen Studentenschaft E. Groß vor den Vertretern dieser jungen Generation klar herausstellte, daß die Sozialdemokratische Partei bereits in einer Zeit für den Kollektivismus und gegen den Kapitalismus auf dem Boden der praktischen Politik kämpfte, als das nicht so populär war wie heute, und daß auch heute noch die Sozialdemokratische Partei die einzige Körperschaft ist, die praktisch im Rahmen des Möglichen innerhalb des Chaos der zusammenbrechenden kapitalistischen Wirtschaftsordnung die Lebensinteressen jener Klassen wahrnimmt, die einmal die Träger der kollektiven Ordnung sein werden. Verständlich in dieser Zeit der Not und doch ein Mißverständnis, wenn eine starke Opposition den erzwungenen Kulturabbau als Gegenargument in die Debatte wirft. Der noch härtere Beifall am Schluß seiner Ausführungen bewies, daß man Groß alles in allem trotzdem verstanden hatte. h. l.

Weekend im Paradies.

Rose-Theater.

Dieser Schwanz nach weniger guter als alter Hausmacherart ist geistig nicht anspruchsvoller als das Gros seinesgleichen, aber immerhin darf er sich eines soliden und wetterfesten Gefüges rühmen. Den Autoren Franz Arnold und Ernst Bach ist immerhin etwas eingefallen und ihr Bühnengedicht ist groß genug, aus dem Einfall ein Maximum an Verwicklungen und Situationskomik herauszuholen.

Regierungsrat Dittchen, der gern avancieren möchte, hat das Bedürfnis, ein besonderes Maß von Initiative zu entwickeln und macht sich daran, ein Weekendhotel auszuheben. Die Pärchen, die sich in der Vasterhöhle eingemiselt haben, werden flüchtig, aber da stellt sich heraus, daß sich vornehmlich Dittchens Kollegen aus dem Ministerium eingefunden haben und teilweise mit Damen, die einen Grund haben, die Feststellungen ihrer Personalien als besonders peinlich zu empfinden, denn beispielsweise entdeckt Dittchen als Begleiterin seines Vorgesetzten seine eigene Frau. Im dritten Akt wird die Komödie in eine reichlich massige und klöbige Satire auf die Beamten umgebogen.

Die Rolle des Regierungsrats Dittchen spielt mit trockenem Humor und zappelnder Lebendigkeit Guido Tieltscher. Im übrigen ist das trefflich aufeinander eingespielte Hausensemble am Werk: Gotthard Boge als besserer alter Herr, Armin Schmeizer als fomscher Wüstling, Kurt Mikulski als aufgeregter Duerulant. Unter den Damen ragte, nicht nur durch ihre baumlange Körperlichkeit, Johanna Ewald als prude Denunziantin hervor. Johanna Blum, Toni Pyrmont, Annemarie Enderle spielten die Weekendweibchen. Hans Bauer.

Eine Gemäldegalerie im Jagdschloß Grunewald. Das Jagdschloß Grunewald, der reizvolle schlichte Renaissancebau am Paulsborner See, ist zwar an seinem Äußeren inmitten seines Wirtschaftshofes und des Forstes wohl erhalten. Aber im Inneren hat sich aus jener Zeit, die die Jahreszahl 1542 angibt, nichts wesentliches erhalten. Daher hat die Verwaltung der Staatlichen Schlösser und Gärten jetzt die hellen Räume des kleinen Schlosses dazu benutzt, um aus den Depotbeständen eine Bildergalerie hier aufzustellen. Es sind etwa 150 Werke, darunter manches bedeutende und anziehende Stück, das in der reizenden Umgebung zu einer Stunde des Verweilens verlockend wird. Voran stehen da die Bildnisse der römischen Imperatoren, die Rubens und seine flämischen Zeitgenossen für das Haus Kassa-Orianen malten. In einem Kabinett wurden einige frühe niederländische Bilder vereinigt. Hier sieht man u. a. Adam und Eva von Jan Bossaert Rabuse, dem wallonischen Renaissancemeister, und „Juda und Tamar“ von Maerten van Heemskerck, dem Haarlemer Maler, aus dem Jahre 1532. Im übrigen sind in der Grunewald-Galerie hauptsächlich die holländischen und flämischen Meister aus dem 17. Jahrhundert vertreten. Da hängen mit hervorragenden Bildern der Haarlemer Pieter Codde aus dem Hals-Kreife, Adriaen van Ostade, der Delfter Meister Jakob Oostervelt, dann eine Nachschöpfung von Gillis van Baalenborgh, zwei Bilder von Savery. Wenig ist mit einem großen Bilde aus Ariosto „Rosendorn Roland“ vertreten. Von Jacob Jordaens findet sich ein Exemplar seiner Komposition der „Susanna mit den beiden Mägen“.

40 Jahre Arbeiter-Rudersport

Das Jubiläum des Rudervereins „Vorwärts“

Das 40jährige Bestehen des Berliner Arbeiter-Rudervereins „Vorwärts“, das die älteste deutsche Arbeiter-Rudervereinigung durch eine Reihe von Veranstaltungen begehen wird, gibt Veranlassung, einen Rückblick auf die Entwicklung der Arbeiterruderbewegung zu tun.

Schon nach dem Fall des Sozialistengesetzes, als die Arbeiter-schaft an den Wiederaufbau ihrer Organisation heranging, machten sich in Berlin Bestrebungen geltend, die Bootbesitzer, die ge-sinnungsgemäß zur Sozialdemokratischen Partei und zu den freien Gewerkschaften standen, irgendwo organisatorisch zusammenzufassen. Der Erfolg eines Aufrufs zur Gründung eines Arbeiter-Rudervereins war die Gründung des Rudervereins „Vorwärts“, der am 16. Mai 1892 aus der Taufe gehoben wurde. Er siedelte sich im Osten Berlins an und fand hier bald großen Zuspruch. Lange Zeit blieb er neben dem Ruderverein „Collegia“, der 1895 gegründet wurde, der einzige Wassersport treibende Verein, der sich von dem patriotischen Gebaren der schwarzweißroten Rudervereine abhob. Der rastlosen Agitation der Arbeiterruderer gelang es, in der Folgezeit weitere Stützpunkte zu schaffen und im Jahre 1909 kam es zur Gründung des „Freien Ruderverbandes“, der die organisa-torische Zusammenfassung der auf dem Boden der modernen Arbeiterschaft stehenden Rudervereine war. In der Vorkriegszeit war die Bewegung fast ausschließlich auf Berlin beschränkt, im Reichsmajstakt konnte sie sich erst nach dem Kriege entfalten.

Der inzwischen von den Arbeiterchwimmern gegründete „Arbeiterwassersportverband“ bemühte sich, den freien Ruderver-band zum Anschluß zu bewegen, um die freien Wassersportler in einer Organisation zu vereinigen. Der Zusammenschluß erfolgte denn auch 1921 auf dem Jenaer Verbandstag des RWB. Aber die Arbeiterwassersportler blieben nicht lange allein. Bald wurden in dem vergrößerten Verband Stimmen laut, die den Anschluß an

den damals mächtig aufstrebenden Arbeiter-Turn- und Sportbund propagierten. Verhandlungen wurden eingeleitet mit dem Erfolg, daß alsbald die freien Ruderer und Schwimmer und im Jahre 1923 auch der „Freie Kanubund“ als Wassersportparte in den RWB übertraten.

Der Ruderverein „Vorwärts“ ist also als der Pionier der deutschen Arbeiterruderbewegung anzusehen. An seinem 40jährigen Jubiläum kann er mit Stolz auf eine Entwicklung zurückblicken, die ihn zu einem der größten Rudervereine nicht nur in Berlin gemacht hat. Er hat für seine 500 Mitglieder am Wilhelmstrand gegenüber Baumhuldenweg ein imposantes Bootshaus geschaffen, das neben großen Abstellhallen für die Boote auch Ge-sellschaftsräume enthält, in denen sich die Mitglieder nach getaner Arbeit immer sehr wohl fühlen. Der Ruderturnsport findet die beste Pflegestätte bei ihm, denn er hat einen großen vereinseigenen Bootspark. Daneben besitzen eine Anzahl Mitglieder eigene Boote. Einen Stützpunkt hat sich der Verein vor einigen Jahren im Klein-Körs bei Königsmusterhaußen geschaffen, wo er ein größeres Gelände mit einem Bootshaus seinen wasserwandernden Mitgliedern zur Verfügung stellt.

Die Entwicklung der Wassersportparte im Arbeiter-Turn- und Sportbund ergibt sich aus folgenden Zahlen. Im Januar 1932 waren 220 Vereine mit 11044 Mitgliedern vorhanden, die 178 eigene Bootshäuser besaßen. Das Bootsmaterial bestand aus 87 Rennbooten, 499 Gigbooten, 3115 Kajaks, 2639 Faltbooten, 67 Kanadiern, 105 Polohooten. Ferner besaßen die Vereine resp. die einzelnen Mitglieder 49 Segelkanus, 215 Segelboote und 219 Motorboote, so daß im ganzen in der Sparte 6995 Boote aller Arten registriert sind. Daß neben den Bootsfahrern noch über 56000 Schwimmer dem Arbeiter-Turn- und Sportbund angehören, sei in diesem Zusammenhang mit erwähnt.

Was soll das heißen?

Terror im Hauptausschuss für Leibesübungen

Die Jahresversammlung des Berliner Hauptausschusses für Leibesübungen und Jugendpflege, einer von der Stadt geschaffenen Organisation, in der alle Sport- und Jugend-pflege betreibenden Verbände vertreten sind, hat Beschlüsse gefaßt, die eine Verletzung der für die staatliche Jugendpflege erlassenen Grundsätze bedeuten.

Nach Erstattung des Geschäftsberichts für das Jahr 1931 sollte die Wahl der Mitglieder des engeren Ausschusses vorgenommen werden. Dazu lag eine Liste des Organisationsaus-schusses vor, die das Produkt eingehender Beratungen aller Vereine war. Dieser Vorschlag des Organisationsausschusses basierte auf den staatlichen Richtlinien. Er sah neben Vertretern der Behörden und der Ortsausschüsse Vertreter der größeren Organisationen der verschiedensten Richtungen vor. In der Versammlung wurde nun von dem Verband Brandenburgischer Athletik-vereine und dem Verband Brandenburgischer Ballspielvereine ein Gegen-vorschlag eingebracht, der für den Berliner Schwimm-erwerb und den Verband Brandenburgischer Athletikvereine je zwei Vertreter und für den Verband Brandenburgischer Ballspielvereine sogar drei Vertreter verlangte. Alle diese Verbände stehen im bür-gerlichen Sportlager. Außerdem sollte dem Kirchlichen Jugendamt, dessen angeschlossene Organisationen bereits im engeren Ausschuss vertreten sind, ebenso dem Verein Berliner Lehrerinnen, obwohl er keine jugendlichen Mitglieder hat, ein Sitz eingeräumt werden.

Sowohl vom Vorsitzenden wie vom Berichtstatter des Aus-schusses, einem Vertreter der Deutschen Turnerschaft, und den Ge-nossen Lösch, Peters und Bickert wurde darauf hingewiesen, daß die Vorschläge der bürgerlichen Verbände einen Bruch der bisherigen auf den staatlichen Grundsätzen basierenden Praxis der Geschäfts-führung bedeuten würden. Der enger Ausschuss sei ein Arbeits-ausschuss, der die hauptsächlichsten Jugendpflege treibenden Ver-eine sowie die an der Jugendpflege beteiligten Behörden und Per-

sönlichkeiten in sich vereinigen soll. Er sei keine Organi-sation zur Wahrung der Interessen einzelner Vereine; aus dem Grunde dürften auch nicht einzelne Organi-sationen durch mehrere Mitglieder in dem Ausschuss vertreten sein. Wenn ferner einer Dachorganisation, wie dem Kirchlichen Jugend-amt, ein Sitz eingeräumt werden solle, dann müsse auch den Dach-organisationen der Vereine anderer Richtungen das gleiche Recht zustehen. Dasselbe gelte von Vereinen wie dem der Berliner Lehrerinnen.

Eine ruhige, sachliche Aussprache war in der Versammlung über-haupt nicht möglich. Einige Vertreter der Brandenburgischen Athletik- und Ballspielvereine suchten die gegnerischen Redner niederzujubeln. Wenn es ihnen auch nicht gelang, die Gegner mundtot zu machen, so erreichten sie aber doch die Ein-schüchterung der ihnen politisch nahestehenden Vereinsvertreter. Der Vorschlag der Brandenburgischen Athletik- und Ballspielvereine wurde angenommen. Anträge, der Arbeitsgemeinschaft der Kinderfreunde und dem Verein der Berufsschullehrer, die in weit höherem Maße Jugendpflege treiben als der Verein der Berliner Lehrerinnen, einen Sitz im Ausschuss einzuräumen, wurden glat-abgelehnt, ja die Mehrheit unterband sogar die Aussprache über diese Anträge.

Damit hat die Mehrheit der Versammlung, deren einzelne Wort-führer sich wild und lärmend gebärdeten, einen Boden be-treten, der mit den von den staatlichen Organen der Jugendpflege geschaffenen Grundsätzen unvereinbar ist. Der Oberpräsident wird sich hoffentlich mit dieser Angelegenheit noch beschäftigen. Es wäre auch sehr erwünscht, daß die in Frage kommenden Behörden, die über die Verwendung von staatlichen Mitteln an Jugendvereine entscheiden, den Verhandlungen des Hauptausschusses beimohnen, um die Jugendführer kennen zu lernen, denen man die Jugend anvertraut. Da dürften den Vertretern der Behörden gegenüber ab manchem Jugendführer starke Bedenken aufsteigen.

Reichstagung der ZK.

Weiter in der Eisernen Front.

Die Zentralkommission für Arbeitersport und Körperpflege hielt dieser Tage in Berlin eine Volkstung ab, in der einige sehr wichtige Fragen erörtert wurden.

Zunächst berichtete der Geschäftsführer Bildung über die in der Presse bereits erörterten Absichten der Reichsregierung, die Sportverbände in ein bestimmtes Verhältnis zum Staat zu brin-gen. Es handelt sich wohl in erster Linie um eine Uebernahme des französischen Systems, das darin gipfelt, den Verbänden und Vereinen gewisse Verpflichtungen in der Erziehung der Jugend aufzuerlegen und ihnen zu deren Durchführung Beihilfen zu ge-währen. Die beiden anderen Wege: Wiedererweckung der sogenann-ten „Volkspartbewegung“ und Einführung eines Pflichtjahres kom-men praktisch nicht in Frage. Da die ganze Planung gegenwärtig aufgegeben scheint, erübrigt sich solange eine Stellungnahme, bis man weiß, welchen Weg die Regierung gehen will.

Der Internationale Arbeiterportkongress findet im Juli in Lüttich statt. Die deutschen Verbände entsen-den außer den Funktionären der Internationale je einen Stamma-delegierten, wozu einige weitere Vertreter der großen Verbände kommen.

Der technische Leiter Benedix berichtete dann ausführlich über das Erziehungs-wesen. Es wurde beschlossen, von der Einsetzung eines besonderen Erziehungsausschusses abzusehen und das Aufgabengebiet dem technischen Hauptausschuss mit der Auf-gabe zu übertragen, daß er zu seinen einschlägigen Sitzungen einige Fachleute hinzuzieht.

Ueber die Stellung zur Eisernen Front sprach der Geschäfts-führer. Es herrschte Einstimmigkeit darüber, daß das Zu-sammenarbeiten mit den in Frage kommenden Organisationen auch in Zukunft aufrechterhalten bleiben muß. Selbstverständlich sind die hier und dort gebildeten Selbsthilfungsorganisationen inzwischen aufgelöst worden. Der alte Kampfgeist wird aber auch in Zukunft nicht erlahmen. Wo immer es gilt, für die Interessen der Arbeiterklasse zu kämpfen, werden die Arbeiterportler ihren Mann stehen. Di-Verhandlungen verlaufen wie immer in vollster Einmütigkeit.

„Rot-Sport“ am Pranger

Die kommunistische Opposition des größten Mannheimer Vereins vom Arbeiter-Athletenbund, die „Freie Athletiksportvereini-gung“, hat sich unter der Leitung des Führers des „Roten Sport-

Groß-Mannheim“, Reher vier Monate rechtswidrig als Besitzer der Vereinsportanlage ausgespielt. Reher war gleichzeitig Vereins-vorsitzender und Vereinsheimwirt. Nachdem die bundestreuen Ver-einsmitglieder durch gerichtliche Verfügung wieder zu ihrem Recht gekommen waren, stellte sich bei der Uebernahme der Sportanlage durch einen vereidigten Revisor heraus, daß Reher eine Unter-bilanz von weit über 4000 M. auf dem Gewissen hat. Außerdem sind Sportgeräte im Werte von 1700 M. gestohlen und verschachert worden. Reher ist zur Blamage von „Rot Sport“ mit Hab und Geld spurlos verschwunden, unter Zurücklassung seiner Frau und zweier unmündiger Kinder.

Noch einer von dieser Sorte. Der kommunistische Stadtverord-nete und Führer der kommunistischen Sportbewegung in Pega-u bei Leipzig, Pichel, mußte sich vor Gericht wegen Unter-schla-gung von 562 M. verantworten, die er als früherer Vorsitzen-der der Pegauer Sportvereine im Arbeiter-Turn- und Sport-bund e. V. begangen hatte. Pichel wurde kostenpflichtig zu zwei Monaten Gefängnis verurteilt.

Revolutionäre Erziehungsarbeit. Auch in der Tschechoslowakei kommt die Spaltung der sozialistischen Arbeiterportbewegung nur dem bürgerlichen Sportlager zugute. Die ehemals dem sozialistischen deutsch-tschechischen Arbeiter-Turn- und Sportverband angehörenden Vereine, Görkau und Reufalt, denen dieser Verband nicht radikal genug war, gingen zum kommunistischen Sportverband. Der Erfolg der dort an ihnen vollbrachten Erziehungsarbeit und der Hege gegen ihren früheren Verband ist der, daß die zwei Vereine jetzt ins bürgerliche Sportlager übergetreten sind.

Bundesneue Vereine teilen mit:

Freie Wasserfahrer Vorwärts, Sonnabend, 14. Mai, Vereins-Effingfahrt nach Pannow-Bogeborn, Lagerstelle rechts Havelufer, etwa einen Kilometer unterhalb der Brücke. Die Monatsversammlung findet wegen des dritten Feiertages nicht am 17., sondern Dienstag, 24. Mai, 20 Uhr, bei Reuter, Ge-strache 62, Göthe willkommen.

Freie Fußballer Vorwärts, Donnerstag, 13. Mai, 20 Uhr; Gruppe Necken, Wilhelmsstr. 5, erst Freitag, 13. Mai, Gartenanlage für Pfingsten. — Gruppe Korboden, Greiburgerstr. 14. — Gruppe Südhofen, Große Frankfurter Str. 16. — Pfingstfahrten: Necken, Mühlberg, Abfahrt Freitag, 13. Mai, 18.30 Uhr nach Baren, Rückfahrkarte bis Fürstentum, Radwegger Sonnabend und Sonntag, früh 6.00 Uhr, ab Grünbrunn, Führer Klingert.

Arbeiter-Schützenbund, Ortsgruppe Berlin, Freitag, 14. Mai, 18 Uhr, Klein-feldberg in Friedrichsfelde, Uffahweg.

Freie Rot, Groß-Berlin, Abteilung Reufalt, Donnerstag, 12. Mai, 20 Uhr, Mitgliederversammlung — Lichtbildvortrag — Café Reinhardt, Dolestraße 57.

Freie Schwimmer Groß-Berlin, Kinderleiter: Die für Sonnabend festgesetzte Kinderleistung muß wegen der Pfingstferien auf Sonnabend, 21. Mai, versetzt werden.

Spandauer „Freie“ am 12.5. Trainingsabend jeden Donnerstag, 3 Uhr, im Reglebeim, Reglebeim 15. Göthe herzlich willkommen.